

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Koloniel-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Klein-Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Kreuzsprecher: Amt 1, Nr. 1600.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Dienstag, den 27. Februar 1900. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals.

I.

Das 17. und das 18. Jahrhundert gehörten der Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals: das 17. sah ihre klassischen Vertreter in den Niederlanden und in England, das 18. in England und in Frankreich.

Das „belebige“ Volk, wie die Niederländer bei Goethe heißen, hatte sich in dem Verfall des heiligen römischen Reichs deutscher Nation frisch und kraftvoll erhalten, dank seiner günstigen Lage zwischen Land und Wasser, dank dem Gedeihen seiner Städte, die sich schon im 13. Jahrhundert ihre Freiheitsbriefe erkämpft hatten und sie trotzig zu behaupten wußten. Der kapitalistische Absolutismus kam erst mit der spanischen Herrschaft über sie und wurde nur ertragen, weil Karl V. die Niederlande in jeder Weise begünstigte. Als dann aber Philipp II. die Anfänge bürgerlicher Kultur, wie in Spanien, so auch in Holland vernichten wollte, war diese Kultur genugsam erkrankt, um sich trotz des ungeheuerlichen Mißverhältnisses der Kräfte nicht nur siegreich zu behaupten, sondern auch in unaufhaltsamem Siegeszuge das Erbe der spanischen Weltpolitik anzutreten.

Im Anfange des ungeheuren Ringens mochten sich noch sehr stark feudal-nationale Gegensätze geltend; Graf Eymont war alles andre eher, als ein Freiheitsheld im bürgerlichen Sinne des Wortes. Aber am Ende siegte der holländische Kaufmann über den spanischen Junker und Pfaffen, weil seine wirksamste, ja seine entscheidende Waffe jener einheimische Gewerbesiege war, der in Spanien ebenso brutal zerstört, wie in Holland sorgsam behütet wurde. Während der gewaltige Kampf in seinen höchsten Wogen ging, durfte Philipp II. nicht wagen, den holländischen Schiffen die spanischen Häfen zu sperren; da er die spanische Produktion ausgerottet hatte, mußte er jeden Anker, jedes Tau, jeden Nagel von seinen Todfeinden kaufen, verbot sich zu Preisen, die auf die Dauer alle seine Gold- und Silberminen erschöpften. Bei den Holländern aber entwickelte diese profitable Praxis den Geist der bürgerlichen Handelspolitik: „Der Handel muß frei sein, überall, bis in die Höhe, wenn Wynheer Satan gute Rimeffen zählt, soll er pünktlich bedient werden.“ wurde zum Kernwort ihrer Kaufleute, jener frommen Calvinisten, vor deren religiösem Glandenseifer der ideologische Historiker andächtig staunt.

Das bürgerliche Handelskapital war über die junkerliche und pfäffliche Thorheit hinaus, die sich einbildete, die Arbeit der eignen Nation könne vernichtet werden, wenn ihre herrschenden Klassen nur über die Schätze fremder Weltteile gebieten. Zudem die holländischen Kaufleute die spanischen und portugiesischen Kolonien an sich rissen, hörten sie nicht auf, die holländische Industrie zu fördern: die Wollfabriken von Leyden, die Dümmbleichen von Haarlem, die mannigfachen Gewerbe, deren der Schiffbau bedurfte, oder die nicht minder mannigfachen Gewerbe, die für die Verarbeitung der überseeischen Rohstoffe notwendig waren: Tabaks- und Drogenfabriken, Zuckerriedereien, Diamantschleifereien. Die fleißigen und intelligenten Arbeiter, die der kapitalistische Absolutismus aus andern Ländern vertrieb, fanden in Holland eine gastliche Stätte. Jeder Winkel des Landes summt wie ein fleißiger Bienenkorb; die Bodenkultur, die unzähligen Kanäle, die immer geschäftigen Mühlen, die eudlosen Flotten von Barken, die großen und reichen Städte, die von unzähligen Mofen starrenden Häfen machten aus Holland ein Land, das im 17. Jahrhundert seinesgleichen nicht hatte. Und mit dem bürgerlichen Gewerbesiege hob sich mächtig die bürgerliche Wissenschaft; es sei nur an Spinoza erinnert oder an Hugo Grotius, der schon den Satz aussprach, daß die Arbeit der Rechtsgrund alles Eigentums sei.

Aber das bürgerliche Handelskapital findet seine historische Schranke darin, daß es die Arbeit der Nation zwar nicht mehr mißachtet, aber in ihr doch noch nicht die alleinige Quelle des Völkereinkommens zu erblicken vermag. Die holländischen Kaufleute waren eben Kaufleute: der Handelsprofiß blieb dem Moloch, dem sich schließlich alles beugen mußte. Zudem sie für sich freien Handel bis zur Höhe verlangten, lehnten sie gegen die übrigen Völker Europas einen engherzigen, krämerischen Monopolgeist hervor; alle andern Nationen „aanlasten“, war auch einer ihre Kernsprüche. Dadurch wurden sie gezwungen, eine ungeheure Land- und Seemacht zu unterhalten, die vollständig die Kräfte des kleinen Volks aufzehrte. Die Steuerlast wuchs so unerschwinglich an, daß sie die arbeitenden Massen der Nation erdrückte; in jedem Gericht Fische, das in dem fischreichen Lande auf den Tisch des Handwerkers kam, steckten dreißig verschiedene Steuern. Und wie das Handelskapital durch seinen antagonischen Charakter gezwungen wurde, den Reichtum des Landes zu vernichten, den zu fördern und zu schonen sein Interesse war, so zerstörte es sogar die Produkte der Kolonien um seines Profites willen: um die Preise der Kolonialwaren zu steigern, wurden große Schiffsladungen von Mastbäumen in die Südersee geworfen und große Pflanzungen von Gewürzkräutern auf den Molukken verbrannt; diese verurteilte Praxis, die später dem Socialismus in Fourier einen seiner genialsten Denker erweckte, war den holländischen Kaufleuten schon eine liebe Gewohnheit. Unter ihrem entarteten Regiment sank Holland, noch ehe auf seinem Boden die Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals ihre historische Expansionskraft ganz entfaltet hatte.

Wie die spanisch-portugiesische Kolonialpolitik durch Junker und Pfaffen, so wurde die holländische durch Kaufleute geleitet. Der ostindische Compagnie fiel seit 1601 die Ausbeutung der ostafrikanischen, der westindischen seit 1621 die Ausbeutung der amerikanischen Küste zu. Jedoch nur die ostindische Compagnie vermochte die Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals typisch auszugestalten; ihre Aufgabe

war, die Märkte kulturell hochstehender Völkerschaften zu erobern und zu monopolisieren; sie brachte nicht nur die indischen Produkte nach Holland, sondern auch die holländischen Produkte nach Indien. In Amerika dagegen, wo arme und unkultivierte Bevölkerung auf ungeheuren Länderstrecken hausten, kam das kleine und schnell einem hart-beschränkten Kaufmannsregiment verfallene Volk der Niederlande nicht einmal immer gegen die spanischen und portugiesischen Niederlassungen auf, die in feudaler Weise auf der Zwangsarbeit verflawter Eingeborner organisiert waren, geschweige denn, daß es durch die freie Arbeit von Ansiedlern aus dem Mutterlande zu kolonisieren verstand. Die westindische Compagnie lebte wesentlich von Seeraub und Schmutzhandel, der primitivsten Form der handelskapitalistischen Weltpolitik. Darin leistete sie zwar Erkellesches; innerhalb zwölf Jahren sandte sie achtshundert Kaperschiffe in die amerikanischen Meere, aber als ihr 1635 durch einen Glücksfall Brasilien zufiel, ließ sie sich bald wieder durch die Portugiesen hinausjagen, und in Nordamerika verflawerten ihre Niederlassungen an den Mündungen des Hudson und des Delaware. Neu-Amsterdam gedieh erst, als es umgetauft wurde in New-York.

Erst in England gelangte die Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals auf ihre volle Höhe. Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts begann England die Niederlande zu überflügeln, und von der Schnelligkeit dieser Entwicklung giebt es nur ein ungefähres Bild, wenn sich der holländische Handel 1650 zum englischen verhält wie 5 : 1, 1750 aber wie 6 : 7. Holland gedot noch lange über das größere Geldkapital, und auch die günstigeren geographische Lage Englands erklärt nicht so sehr viel. Ungleich entscheidender war, daß als England seine Weltpolitik begann, die nationale Arbeit, Ackerbau, Handwerk, Manufaktur, schon viel zu tiefe Wurzeln geschlagen hatte, um jenes hypertrophische Ausschicken des Großhandels zugulassen, das in Holland einen so glänzenden Aufschwung und einen so schnellen Verfall herbeigeführt hatte; ein zahlreicheres Volk stand auf festerem, fruchtbarerem, geräumigerem Boden, in dessen Schoße mächtige Eisen- und Kohlenlager einer Zukunft entgegenreisten, vor deren Reichthümern alle Schätze fremder Weltteile verbleichen sollten. Die holländische Weltpolitik begann damit, daß waghalsige Kaufleute das Joch eines fremden Despoten zerbrachen, um dann die eigne Nation auszuwuchern, die englische aber damit, daß häßliche Landflößen und Handwerker das Joch eines heimischen Despoten zerbrachen und die trotz alledem unzerstörbaren Grundmauern der bürgerlichen Freiheit errichteten.

Karl I. von England war auf die Lanze des kapitalistischen Despotismus verfallen, zugleich eine Flotte und ein Heer ersten Ranges zu unterhalten. Da der in geschwägigen Formen verjuchte Widerstand der Bevölkerung durch seine verbrecherischen Handlungen vereitelt wurde, so schlugen die Engländer in gerechter Notwehr dem Despoten den unbeschreiblichen Kopf ab und sicherten sich für alle Zukunft dagegen, daß je wieder ein englischer König gegen den Willen des Parlaments eine Flotte oder ein Heer rüsten könne. Eine souveräne Volkvertretung, so schlecht sie sonst sein mag, und in England ist sie oft schlecht genug gewesen, kam nie darauf verfallen, das Volk mit Molochs Doppelgänger zu Land und zu Wasser zu züchtigen. Die Engländer begnügten sich fortan, wie es der insularen Natur ihres Landes entsprach, mit einer Flotte ersten Ranges, die ein mächtiges Werkzeug ihrer Weltpolitik geworden ist, aber nicht minder dem Schutze ihrer bürgerlichen Freiheit gedient hat, was noch dem Heere keiner continentalen Militärmacht nachgesetzt werden können. Nicht aber ihrer Flotte, sondern ihrer bürgerlichen freien Verfassung verdankten die Engländer, daß sie den Schlüsselstein in die Weltpolitik des kapitalistischen Handelskapitals fügten, daß sie nicht bloß Handels-, sondern auch Ackerbau-Kolonien gründen konnten, daß ihre Kolonien nicht nur von zehrender Ausbeutung, sondern auch von schaffender Arbeit lebten. Mit der Besiedelung des nördlichen Amerikas vollbrachten sie die für die menschliche Geseitigung folgen- und segensreichste That, die von der Weltpolitik des bürgerlichen Großkapitals überhaupt vollbracht worden ist.

Giebt es eine Thatfache, die durch eine kapitalistische Kolonialpolitik von vier Jahrhunderten unwiderleglich bewiesen wird und die, ehe es eine deutsche Kolonialpolitik gab, auch von allen bürgerlichen Historikern übereinstimmend anerkannt wurde, so ist es die, daß ein Staat mit bürgerlich unseiner Verfassung keine Ackerbau-Kolonien gründen kann. Die Ursachen davon hat Treitschke, der offizielle Historiker des preussisch-deutschen Reichs ebenso einleuchtend wie kurz auseinander gesetzt, indem er ausführte, aristokratische Regierungen könnten keine Ackerbau-Kolonien gründen, einerseits, weil alle Lebensformen solcher Kolonien auf die politische und sociale Freiheit drängten, andererseits weil der Geist des Mutterlandes sich stets in den Kolonien zur Einseitigkeit steigere; wer werde denn die Heimat verlassen, um mit der Art die Wildnis zu roden, wenn er draußen den Druck, dem er entfliehen wolle, nur noch verstärkt wiederfinde? Hier ist der „Propheet des Reichs“ allerdings ein Propheet gewesen; wer möchte wohl dem Deutschland der Puttkamer, Köcker, Redde, Rheinbaben den Rücken kehren, um als Ackerbauer unter die Zucht der Leist, Wehlan, Peters, Arenberg zu geraten? Also die Thatfache, daß bürgerlich unseiner Staaten niemals Ackerbau-Kolonien gründen können, ist von der bürgerlichen Geseitigkeit stets anerkannt und namentlich mit dem englischen Beispiele nach der positiven, mit dem französischen nach der negativen Seite beleuchtet worden. Ehe wir jedoch die französische Kolonialpolitik betrachten, sei eine kurze Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Hansarenbläsern der deutschen Weltpolitik gestattet.

Da sie einsehen, daß mit den paar Sand- oder Sumpfwüsten, die das deutsche Kolonialreich so glorieich repräsentieren, nicht viel Staat zu machen ist, so reden sie ein langes und breites von der Ueberbevölkerung des Deutschen Reichs, wodurch die Gründung von

Ackerbau-Kolonien notwendig werde. Wir sehen nun ganz ab von dem malthusianischen Geistes der Ueberbevölkerung, das, von der Wissenschaft längst verschleudert, dennoch oder gerade deshalb an deutschen Hochschulen herumspukt. Wir sehen auch davon ab, daß auf der Erde kein Raum mehr ist für Ackerbau-Kolonien, wo deutsche Bauern arbeiten könnten; vielleicht setzen sich die Herren Wagner, Sombart und Wendt, — ein neuer Columbus und neue Gebrüder Pinzons — auf drei Karavelles und entdecken neue Erdteile; was wäre denn verzehernden Thatenbrange dieser Wasserpatenten nicht alles zuzutrauen! Aber nach Erledigung dieser Vorfrage bleibe immer noch die betrübende, aber entscheidende Thatfache übrig, daß jener, um mit Marx zu sprechen, „mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Besitz vermischter, von der Bourgeoisie beaufsichteter, bureaukratisch gezimmelter, polizeilich gehäuteter Militärsolomonus“, der das preussisch-deutsche Reich darstellt, überhaupt keine Ackerbau-Kolonien gründen kann.

Wo die Arbeiter mit dem Gerede über solche Kolonien beehelligt werden, sollten sie antworten: „Schön, gehn wir gleich ans Werk und schaffen wir die Vorbedingung, die ihr selbst in euren gelehrten Wecken hundertmal als ganz unerlässlich hingestellt habt. Helft uns — aber nicht bloß mit Redensarten! — den zweiten Teil des Erfurter Programms ausführen, oder wenn euch das zu viel ist, die deutsche Krone in die englische Krone und den deutschen Reichstag ins englische Parlament verwandeln. Dann lohnt sich ja erst eine sachliche Unterhaltung über Ackerbau-Kolonien, gleichviel was dabei herauskommen wird.“ Gehn die Schwärmer für Ackerbau-Kolonien auf diesen ganz selbstverständlichen Vorschlag nicht ein, so können die Arbeiter ihnen ruhig den Rücken kehren als demagogischen Schwärmern, die das Proletariat aus schönen Gründen und für schöne Zwecke zu prellen beabsichtigen.

Politische Ueberkraft.

Berlin, den 26. Februar.

Die „Erdrofflungssteuer“ im Abgeordnetenhause.

Vor überfüllten Tribünen begann das preussische Abgeordnetenhause am Montag die erste Sitzung des Gesetzentwurfs über die W a r e n h a u s s t e u e r. Minister Dr. v. Miquel, auf dessen Wunsch die Beratung bis zu seiner Wiedergenehung aufgesetzt war, leitete die Debatte ein. Wie ein roter Faden zog sich seine Rede über die Debatte, daß die Vorlage durchaus nicht geeignet sei, den von den Mittelstandsvertretern gewählten Zweck zu erfüllen und den Warenhäusern den Garaus zu machen. Miquel ist viel zu schlau, als daß er glauben könnte, es sei möglich, durch Gewaltmittel der kapitalistischen Entwicklung Halt zu gebieten, aber Gewaltmittel sind nun einmal die einzigen Waffen, deren sich unsere Regierung zu bedienen weiß, und wer diese Regierung politisch mitmacht, der muß unter Umständen auch wider besseres Wissen und entgegen seiner Ueberzeugung für bestimmte Maßregeln eintreten. Allzu schwer wird das ja dem Zielgewandten nicht fallen. Lieber wäre es ihm natürlich gewesen, die Gemeinden wären seiner vor einigen Jahren ergangenen Anordnung gefolgt und hätten ihrerseits eine Warenhaussteuer projektiert. Da diese ihm aber den Gefallen nicht gehen haben und da die Konserbaiten und das Centrum ihn bedrängen, so muß er, um es mit diesen Parteien nicht zu verderben, wohl oder übel in den sauren Apfel beißen.

Nach Ansicht des Ministers v. Miquel darf die Gesetzgebung nicht den Zweck verfolgen, die großen Warenhäuser zu drangalieren. Darin pflichten wir ihm bei. Wenn er aber als Ziel der Vorlage eine Verlangsamung der modernen fortschrittlichen Entwicklung hinstellt, so mögen ja einige vertrauensvolle Leute wirklich an die Erreichung dieses Zieles glauben. Wir glauben nicht daran, und Herr von Miquel glaubt auch nicht daran. Er will dem Kleinbetrieb Zeit lassen, die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr durch genossenschaftlichen Zusammenschluß zu treffen. Als ob die Kleinbetriebe nicht Zeit genug gehabt hätten, und als ob es an derartigen Vorzügen bisher etwa gefehlt hätte!

In recht geschickter Weise und mit wirksamen Argumenten bekämpfte Abg. Dr. Erüger (fr. Sp.), der bekannte Genossenschafts-anwalt, die Vorlage. Ebenso drachten die Abg. Hausmann (natl.) und G o t h e i n (fr. Sp.) eine ganze Reihe von Gründen gegen den Entwurf, insbesondere gegen die geplante Umsatzsteuer, vor. Bählig auf die Seite der Regierung stellte sich nur Abg. v. Brodhausen (L.), der mangels anderer Argumente die Notwendigkeit einer Bekämpfung der Warenhäuser aus der Thatfache herleitete, daß die durch diese Geschäfte vernichteten selbständigen Existenzen der Socialdemokratie zufallen. Im preussischen Abgeordnetenhause darf man derartige Gründe bekanntlich ruhig vorbringen.

Weiter als die Regierung will Abg. M o r e n (C.) gehen, der die Sonderbesteuerung bereits bei einem Umsatz von 200 000 M. (statt 500 000 M.) beginnen lassen und die Steuer beträchtlich erhöhen will. Auch bei dieser Gelegenheit erwiderte sich das Centrum wieder als die wirtschaftlich reaktionärste Partei, die höchstens noch von den Antisemiten übertrumpft wird.

Die Rede des Handelsministers W r e f e l d, der ebenfalls in die Debatte eintritt, hat nichts Erwähnenswertes. Auch er macht, genau wie sein Kollege, die Sache offenbar nur deshalb mit, weil er von anderer Seite gedrängt wird.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Mit dem Staatsreich

spielt ein Artikel der offiziös bedienten Münchener „Allgemeinen Zeitung“:

„Gerade einer starken Regierung, die den Drang in sich fühlt, das, was sie als recht und notwendig erkannt hat, auch im vollen Umfang durchzuführen, soll man die Wege nicht unmaßig verlegen und durch kleinlichen Parteistreit die Arbeit über Gebühr erschweren. Sie könnte sonst mit dem Richter doch vielleicht sich sagen: „Es war noch immer, wo es galt zu retten — das Recht des Stärkeren nicht das schlechteste Recht“, und wenn auch nicht contra (gegen), so doch praeter legem (neben dem Gesetz) ihr Ziel zu erreichen suchen.“

Unter Reichlichem Parteistreit versteht die „Allgemeine Zeitung“ z. B. die Ablehnung der Budgetvorlage und die teilweise Opposition gegen die Marinephantasie.

Demgegenüber wird das Recht der Revolution zu gestanden, allerdings nur einseitig der Regierung. Indessen zeigt die Geschichte, daß bei dem Gebrauch des Rechts des Stärkeren die Regierungen zumeist den — kürzeren gezogen haben.

Deutsches Reich.

Das der Kaiser der Urheber der Flottenbewegung sei, das hat Graf Posadowsky in einer Ansprache im „Deutschen Nautischen Verein“ erklärt:

„Man hat diese Bewegung als eine künstliche darzustellen gesucht. Alle großen Gedanken, alle großen nationalen Bewegungen schlammern latent im Herzen des Volks, und es werden immer einzelne bedeutende Männer sein, die zuerst einen im Herzen eines Volks schlummernden Gedanken zum praktischen Ausdruck bringen. Und so hat Ihr Herr Vorsitzender mit Recht ausgesprochen, daß es unser Kaiser war, der mit seinem schnell durchdringenden Verstand und kräftigen Willen das, was das deutsche Volk fühlte, als dringende wirtschaftliche und politische Notwendigkeit seinerseits vertretend und zur klaren Erkenntnis des deutschen Volks gebracht hat.“

Was Graf Posadowsky von der Anregung des Kaisers sagt, ist zutreffend. Nur ist es nicht das Volk, das zu den Plänen des Kaisers erstarkt werden ist, sondern lediglich einzelne Marine-Interessenten und akademische Schwärmer.

Börsen-Beklemmungen.

Ob der außerordentlichen Inanspruchnahme des Nationalvermögens, welche die Verwirklichung der neuen Flottenpläne herbeiführen muß, steigen allgemein auch den Geldbesitzern lebhaftesten Besorgnisse auf. Die Börsenbörse eines der flottenbegehrtesten Blätter Berlins bringt eine Anleihe, die für die Bedecktheit der am Flottenbau nicht unmittelbar interessierten Finanzkreise recht charakteristisch ist:

„Man wird ja allerdings Deutschland seine Flotte wesentlich vergrößern — die Flottenvorlage betrachtet man als unter Dach und Fach —, und so für dauernde Beschäftigung der deutschen Arbeiter und Hütten sorgen. Aber dieser verlockenden Aussicht kann man sich nicht so von Herzen freuen, wenn man sich die Frage vorlegt, womit denn die Flotte bezahlt werden soll. Ob die erforderlichen Millionen im Anleihewege, also durch Kontrahierung weiterer Staatsschulden, oder durch energischerer Ausbeutung der Steuerkraft des Landes beschafft werden sollen, ist an sich irrelevant; aber in beiden Fällen werden Teile des Nationalvermögens der regulären Wertung in der Industrie, dem Handel oder in der Landwirtschaft entzogen. Die den Schiffswerken zuzuwendenden und so mittelbar die Eisen- und Kohlenförderung beeinflussenden Aufträge müssen notwendigerweise an irgend einer anderen Stelle der deutschen Produktion ein Loch reißen. Nebenbei sind andere europäische Großstaaten in ganz analoger Lage. England verpulvert einen nach dem Teil seiner Expanz in Kanada, Frankreich baut sich ein Schiff für die Kleinstadt von rund einer Milliarde Francs, und Oesterreich vergrößert sein Eisenbahnetz, wobei es bei den bisher in Aufzug gebrachten 500 Millionen Kronen wohl auch nicht bleiben wird.“

Da ist es denn ganz erklärlich, wenn eine allgemeine Kapital- und Kreditnot — man sagt dafür gemeinhin: knapper Geld — aus diesen stetig gesteigerten Ansprüchen an die Kapitalkraft der Länder resultiert; umso mehr, als ja schon Industrie und Handel etwas unbeschweren an dieser Kapitalkraft zehren. Man wird sich daher mit dem Gedanken an eine dauernde und wachsende Kreditteuerung vertraut machen müssen, wenn auch gegenwärtig im schönen Monat Februar Ultragold verhältnismäßig billig erhältlich ist.

Das eingelöste Wahlversprechen.

Aus Etsch-Lothringen wird uns geschrieben: Die Ausführungen, mit welchen Prinz Alexander von Hohenzollern, der Sohn des Reichskanzlers, Bezirkspräsident von Ober-Etsch und Vertreter des 10. Etsch-Lothringischen Wahlkreises (Hagenau-Weisenburg) im Reichstag, am verflochtenen Mittwoch in der Debatte über den Diktaturparagrafen seinem hartbärtigen Vater zu Hilfe kam, ist wieder einmal ein Beispiel dafür, wie kurz das Gedächtnis unserer bescheidenen „Vollvertreter“ ist, wenn es gilt, die vor den Wahlen gemachten Versprechungen nachher auch einzufügen. In der Mittwoch-Sitzung des Reichstags suchte Prinz Alexander die Sache nun so darzustellen, als habe er seinen Wahlkomitee im Sommer 1898 erklärt:

er werde für die allmähliche Gleichstellung Etsch-Lothringens mit den übrigen Bundesstaaten und auch für die Aufhebung des Diktaturparagrafen eintreten, jedoch für diese Aufhebung nur unter der Bedingung, daß der Regierung ausreichende Waffen zur Bekämpfung reichsfeindlicher Agitation verblieben.

Hier hat dem prinzipiellen Vollvertreter das Gedächtnis in einem entscheidenden Punkte im Stich gelassen. In dem vom 11. Juni 1898 datierten Wahlaufruf, mit dem sich der Sohn des Reichskanzlers an die Wähler des Kreises Hagenau-Weisenburg wandte, und dem er sein Abgeordnetenmandat verdankt, lautet der in Frage kommende Passus kurz und bündig dahin:

„Ich werde im Fall meiner Wahl eintreten: für die Gleichstellung Etsch-Lothringens mit den übrigen deutschen Bundesstaaten und vor allem für Abschaffung des sogenannten Diktaturparagrafen.“

Von einer bedingten oder verknäuelten Gegnerschaft des Prinzen gegen die missigen Ausnahmen und Diktaturzustände im Reichsland also keine Spur, vielmehr bedingungslose Aufhebung derselben! Ein Zweifel an der Stellung des Wahlkandidaten v. Hohenzollern in dieser für uns Etsch-Lothringer wichtigsten Frage war damit ausgeschlossen, und nicht weniger als 11485 fast durchweg eingeborne Wähler gaben daraufhin am 15. Juni 1898 dem Prinzen ihre Stimme. Keine tausend von diesen hätte der Prinz — das mußte er sehr gut — auf seinen Namen vereinigt, wenn er sich in seinem Wahlaufruf so ausgebreit hätte, wie er es am Mittwoch im Reichstag thun zu müssen glaubte.

Konfiskierte Narrenzettel. Straßburg i. E. 26. Februar. Von der Polizei wurden 2000 Exemplare einer Narrenzettel konfiskiert, in der über den sogenannten Diktaturparagrafen gepöppelt wurde.

Wer den Witz nicht vertragen konnte, dessen Sache hat noch immer foul gestanden.

Die glänzende Finanzlage. Für das Rechnungsjahr 1900 ist, so schreibt die „Germania“, nach dem Etat ein Defizit von 88 820 785 M. vorgesehen, wovon 12 722 874 M. durch Patrimonialbeiträge, 76 098 411 M. durch Anleihen gedeckt werden sollen, dagegen dürfte für das Jahr 1901, wo die Ansprüche für die Seeverwaltung und Flotte ebenfalls erheblich wachsen werden, auch ohne Annahme des neuesten Flottengesetzes mit einem Defizit von mindestens 140 Millionen Mark, und wenn dieses und die neuen Kolonialbahn-Projekte Annahme finden sollten, mit einem solchen von rund 200 Millionen Mark zu rechnen sein. Wie man angesichts der Ergebnisse für 1899 und des Etats für 1900 noch von einer „glänzenden Finanzlage“ reden kann, ist für jeden Kenner des Reichshaushalts unverständlich, jedenfalls lagen die Verhältnisse im Jahre 1895, als die verbündeten Regierungen auf

die Annahme der Tabakfabriksteuer drängten, wesentlich günstiger, als heute.

Die Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern für die ersten zehn Monate des laufenden Etatsjahrs hat die Summe von 652 Millionen oder 8,9 Millionen Mark mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs ergeben. Die Zölle hatten ein Weniger von 11,5 Millionen Mark, die Tabaksteuer von 0,4 Millionen und die Branntweinmaterialsteuer von 8,8 Millionen zu verzeichnen, dagegen die Zuckerversteuer ein Mehr von 8,9 Millionen, die Salzsteuer von 1,4 Millionen, die Branntwein-Verbrauchsabgabe von 9,4 Millionen und die Verbrauchsteuer von 0,7 Millionen Mark. Von den übrigen Einnahmeweigen brachten die Reichs-Stempelabgaben ein Mehr von 1,8 Millionen, darunter die Briefsteuer 1,1 Millionen, die Post- und Telegraphenverwaltung von 21,3 Millionen und die Eisenbahnverwaltung von 5,4 Millionen Mark ein.

Die politische Liebesgabe für die Großgrundbesitzer, die Herr Rheinbaben in seiner Ausnahme-Kreisordnung für die Berliner Vororte schaffen will, gewinnt einen Stich ins Komische, wenn man sich die Großgrundbesitzer ein wenig ansieht. Nach einer Zusammenstellung der „Reichs-Bl.“ befinden sich unter den vierzig Großgrundbesitzern im Letzterem Kreis neun Deutscher, die gar nicht im Kreise wohnen, darunter Rudolf Roske, Vaurat Wödmann, Professor Sodenky, Gantler Mendelssohn, v. Öhrle, Arnold v. Siemens, Paulier Mag Guttman, die Landbank, v. Schwanbach. Ferner gehören zu den vierzig Großgrundbesitzern 23 Witwen, 7 juristische Personen, wie der Fiskus, das Hausbankkommis, das Adelskommis des Prinzen Friedrich Leopold, die Stadt Berlin, die Gemeinde Steglitz und Witzdorf und die Wandemereche Stiftung in Berlin.

Noch einseitiger sieht es aus in betreff der 37 Großgrundbesitzer, denen künftig im Kreise Niederbarnim ihr Einfluß nach der Belegung des Kreisraths gesichert werden soll. Darunter finden wir wiederum v. Siemens-Berlin, v. Mendelssohn-Berlin, ferner der Unionklub in Berlin, Bankier Einlus in Berlin, Schröder in Charlottenburg, Kaufmann Franke, Niegelerbesitzer Herzberg, Graf Reber in Berlin, Graf Arnim in Pustau, die Birkenwerder Aktiengesellschaft in Berlin, eine Baugesellschaft in Hohen-Schönhausen, Heist in Berlin, Hensen-Zehlendorf. Unter den noch verbleibenden 23 Wahlberechtigten sind sodann zwei Witwen, vier Erbknechte, die Kur- und ritterliche Darlehnskasse in Berlin, die Familienstiftung von Voh, der Fiskus und die Stadt Berlin für die Mieselgüter.

Herr Rheinbaben hat ein auffälliges Interesse für die „Agrarier“ Siemens, Rudolf Roske und Einlus.

„Menterei“. Aus Pirna in Sachsen wird berichtet: Der Hahner Scheiber aus Niederhahna, bei der 2. Batterie des in Pirna garnisonierenden Infanterie-Regiments, wurde zufolge Kriegsgerichts-Erkenntnisses zu einer Gefängnisstrafe von ein Jahr acht Monaten und mit ihm acht Mann mit je ein Jahr sechs Monaten und ein weiterer Mann mit sechs Monaten wegen Menterei verurteilt.

Die Thatsache, welche dem schweren Vergehen der Menterei zu Grunde gelegt worden ist, ist folgende:

Die zweite Batterie hatte, weil am hohen Neujahrstage (6. Januar) einige zweijährige Mannschaften im angebrannten Zustande die Kasernen passiert haben, Kasernen beschränkung erhalten. Die Verurteilten sind unbekannt um diese Kasernenbeschränkung Sonntag darauf bis nachts 2 Uhr ausgeblieben.

Derartige drakonische Bestrafungen wegen eines unüberlegten Streichs junger Leute werden nimmermehr dazu beitragen, dem Militarismus Freunde zu erwerben.

Schweiburg-Schwindel.

Nachdem Herr Schweiburg seine aufopfernde Thätigkeit beim Flottenverein aufgegeben hat, er wieder mehr Mühe, sich seinem eigentlichen Geschäft der Arbeiter- und Sozialistenbege zu widmen. In Deutschland ist jetzt wenig in „Streikterrorismus“ zu machen, die Vegetation für das Jahrtausend hat zur Zeit dem Wasseranatomus weichen müssen. Schweiburg bringt deshalb zur Abwechslung aus Frankreich einen Brief zum Abend, den 4 Bürgermeister des Industriebezirks von Carmaux an den Präfekten des Norddepartements gerichtet haben. In diesem Schreiben wird erzählt, daß in der Umgebung von Carmaux Vandalen, bewaffnet mit Dolchen, Knütteln etc. herumstreifen und die nichtstreikenden Arbeiter belästigen und misshandeln.

Diese gefährlichen Zusammenrottungen, welche einer Ihrer Kandidatengänger bereits unterlag, müssen vor allen Dingen auseinander getrieben werden. Dann erst können die zur Wiederaufnahme ihrer Beschäftigung neigenden Arbeiter ihr staatsbürgerliches Recht in voller Freiheit ausüben.

Die Gendarmerie, die städtische Polizei von Carmaux haben bisher zur Verhütung von Konflikten und zur Auseinanderziehung von Zusammenrottungen nichts gethan. Daher halten wir es für unsere Pflicht, diese Zustände zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

Als Vorsteher der Ordonnanz in unseren resp. Gemeinden verbergen wir uns für Aufrechterhaltung der Ordnung in unseren Gemeindebezirken, wenn uns Gendarmen genug zur Verfügung gestellt werden. Unser Kollege, der Maire von Carmaux, wird denn schon das Abtrüge besorgen.“

So haben die vier Wiederer in der That an den Präfekten geschrieben. Soweit ist also die Wahrheit, was Herr Schweiburg weiterberichtet, wahr ist aber auch, daß die ganze Schreiberlei der Bürgermeister purer Schwindel ist; doch davon sagt Herr Schweiburg nichts. Der jetzige Präfekt und sein Vorgänger sind zu wiederholten Malen seit Beginn des Streiks in Carmaux gewesen, um eine Verständigung mit den Werken herbeizuführen, ohne Erfolg damit zu haben. Die Unternehmer lehnen jede Unterhandlung ab, scharfen aber noch Polizei und Soldaten. Da die Präfekten sich aber überzeugt haben, daß die Streikenden vollständig ruhig sich verhalten, lehnen sie die Erfüllung dieses Geschehens ab.

In der That ist noch kein Streik so ruhig und gefühlig in Carmaux geführt worden, wie dieser. Während die früheren Streiks von Carmaux allerdings häufig genug von Zusammenrottungen begleitet waren, sind heute, dank des sozialdemokratischen Einflusses, die Massen organisiert, diszipliniert und — da die Provokationen der Gendarmen und die Brutalitäten der Soldaten weggelassen, bleibt alles ruhig. Aber gerade das ist es, was den Unternehmern mißfällt. Mit den Arbeiterführern von ehemals wurden sie schnell fertig. Die Gendarmen provokierten die Massen zu irgend einer Unmuth, dann folgte ein blutiges Gemetzel und die Compagnien hatten wieder auf einige Jahre Ruhe. Daß sie dies probate Mittel jetzt nicht wiederholen können, ist die Mut der Unternehmer, und die vier Bürgermeister handeln im Interesse der Kapitalisten.

Die Angestellten der Warenhäuser gegen die neue Steuer. Wie wir hören, hat sich ein Anschlag von Angestellten der drei größten Warenhäuser Berlins gebildet, um eine Agitation gegen die Warenhäusersteuer ins Leben zu rufen. In der Erkenntnis, daß eine Erhöhung des Handels, wie sie geplant ist, eine Gefahr für die Handelsangestellten bedeutet, beabsichtigt der Anschlag, sich an das Personal sämtlicher Geschäfte zu wenden, um gemeinschaftlich mit diesem vorzugehen.

Wie man germanisiert! Die „Volks-Bl.“ erzählt folgendes Stückchen germanisierender Wahlbeeinflussung:

In Meise war der Kandidat Jäger zum Stadtverordneten gewählt worden und zwar mit 20 Stimmen von 39 Stimmen. Diese Wahl wurde von der polnischen Partei angefochten. Bei der Wahl soll eine unzulässige Wahlbeeinflussung stattgefunden haben, besonders aber soll der Gaswirt Hirschberg beeinflusst worden sein. Der Direktor der dortigen Bank soll Hirschberg

mit Entziehung des Credits etc. gedroht haben. Als Hirschberg von der polnischen Partei Verhaltungsangeboten wurden, soll er erklärt haben, er könne nicht wählen, wie er wolle; seine Familie sei ihm mehr wert, als die ganze Wahl. Vor dem Ober-Verwaltungsgericht bezeugte Hirschberg, der Leiter der Bank in Meise habe zu ihm etwa gesagt: „Mit Rücksicht auf meine geschäftlichen Verhältnisse wäre es mir lieb, wenn Sie Jäger wählen.“ Das Ober-Verwaltungsgericht hob darauf die Berufung auf und erklärte Jägers Wahl für ungültig.

Wenn auf diese Weise die deutsche Gesinnung nicht rasend zunimmt.

Der „Vertrauens-Unwürdige“.

Ueber die wissenschaftliche Thätigkeit unseres Genossen Krons, der die politische Indulgenz des Staats, in dem „mir Gott, sonst nichts in der Welt gefährdet wird“, ein Ende gesetzt hat, bringt die „Voss. Bl.“ folgende Angaben:

Dr. Leo Krons gehörte dem Lehrkörper der Universität Berlin seit 1889 an. Zuvor war er Dozent an der Universität Straßburg. Er hatte in Berlin unter Helmholz und in Straßburg unter Röntgen seine Studien gemacht, war dann Studis-Assistent an der Straßburger physikalischen Universitätsanstalt geworden. Als Röntgen 1888 als Nachfolger von Helmholtz (Helmholtz übernahm damals das Präsidium der physikalischen Anstalt) zur Leitung des physikalischen Universitätsinstituts berufen wurde, folgte ihm Krons hierher. Er unterrichtete Röntgen bei den physikalischen Übungen und übernahm als Privatdozent ergänzende Vorlesungen zu den Hauptkollegien der ordentlichen Professoren der Physik. Diese Vorlesungen hatten Hauptstücke aus der theoretischen und der Experimentalphysik und die Anwendung der Differential- und Integralrechnung auf physikalische Probleme zum Gegenstande. Die Begehrtheit und die wissenschaftlichen Leistungen Krons wurden von den Vertretern der Physik in der philosophischen Fakultät dadurch anerkannt, daß sie Krons für eine außerordentliche Professur der Physik vorschlugen. Die Unterrichtsverwaltung lehnte es aber ab, den Vorschlag zu verwirklichen, lediglich wegen der politischen Anschauung Krons. Es hat ein besonderes Interesse von der wissenschaftlichen Arbeit Krons ein Bild zu zeichnen. Dies legt Zeugnis davon ab, wie ernst er es mit seiner Aufgabe als Forscher, die nach deutschen Anschauungen mit derjenigen des Universitätslehres organisch verbunden ist, nimmt. Jahr für Jahr gab Krons mit seinem Eintritte in die wissenschaftliche Arbeit eine oder mehrere Studien in den Druck. Man trifft auf Krons Namen in der physikalischen Literatur (Krons ist 1860 geboren) zuerst 1885. Seine Erstlingsarbeit, die im Straßburger physikalischen Laboratorium entstand, betrifft Interferenzerscheinungen im Spektrum. Aus demselben Jahre stammt eine auf Helmholtz Anregung 1888 begonnene Untersuchung über Verdünnungswärme und Wärmekapazität von Salzlösungen im Hinblick auf das Energiegesetz. Einige Zeit später wandten sich Krons Forschungen der Elektrizität zu, bei denen er dauernd verblieb. Sie haben teils praktisch, teils theoretisch wichtige Fragen zum Vorwurf. Die Reihe der elektrischen Arbeiten Krons eröffnet eine im elektrotechnischen Laboratorium der technischen Hochschule zu Hannover gefertigte Studie über Messung der elektromotorischen Gegenkraft im elektrischen Lichtbogen. Es folgten Mitteilungen über den elektrischen Lichtbogen, über die Dielektrizitätskonstanten leitender Flüssigkeiten (mit E. Cohn) und Beobachtungen an elektrisch polarisierter Platinplatin. Als Heinrich Herz seine grundlegenden Untersuchungen über die Ausbreitung der elektrischen Kraft veröffentlichte, nahm Krons gemeinsam mit Rubens ein Erfolg Versuche in Angriff, die durch die herrschende neue Erkenntnis Interesse erlangt hatten. Sie betreffen die Fortpflanzungsgeschwindigkeit elektrischer Wellen in isolierenden Flüssigkeiten und in einigen festen Isolatoren. Daran schloßen sich Vorlesungsversuche zur Herzschen Theorie an. Zu vermerken sind weiterhin Krons Mitteilungen über die Vorgänge bei der Elektrolyse, über den Extrastrom beim Unterbrechen eines elektrischen Stroms über einen neuen elektrischen Seitenunterbrecher u. a. m. Eingebende Arbeit wandte Krons auf die Erforschung des elektrischen Lichtbogens. Die Kenntnis des durch Marconi's Erfindung allgemein bekannt gewordenen Kohärenz erweiterte Krons auf Grund mikroskopischer Beobachtungen.

Der preussischen Staatsministerial-Sitzung, in welcher die rettende That der Aburteilung des Genossen Krons stattfand, wohnten bei: Hohenzollern, Hammerstein, Thierck, Bredel, Gohler, Tirpitz, Schönstedt, Posadowsky, Studt und Rheinbaben; Maugel fehlte in dem schönen Anzug — dafür beitragen die Kosten des Verfahrens auch insgesamt nur 6,20 M.

Ausland.

Wirren im österrichischen Reichsrat.

Die Szenen, die sich am Freitag im Wiener Abgeordnetenhaus bei der Beratung der Dringlichkeitsanträge über den Kohlenarbeiterstreik abgespielt haben, stehen wohl ohne Beispiel in den Beratungen der gesetzgebenden Körper. Schon früher war der Ackerbauminister Freiherr v. Giovanelli, — ein elegantes Herrlein, was sich sehr gemessen giebt — mit den blutigsten Zwischenrufen unterbrochen worden. Als er aber nun in der „Erklärung“, die er ablas — denn der Reichstag versteht vom Bergbau so viel wie etwa ein Esel vom Kaufschlagen — die Bemerkung machte, eine solche gesetzgeberische Aktion von solcher Tragweite könne nicht unter dem Einflusse des „Augenblicks“ zu Stande kommen, brach das Ungewitter wie mit Naturgewalt hervor. Aus dem Stimmenschaos hörte man folgendes:

Abg. Werner: **Schmach und Schande!**
Abg. Dr. Verkauf: Das ist ja, wie wenn man es bei Ihnen bestellt hätte.

Abg. Werner: **70 000 Bergarbeiter hungern seit sieben Wochen! Schmach und Schande dieser Regierung und dem Ackerbauminister!** (Anhaltender Lärm und zahlreiche Zwischenrufe der Sozialdemokraten.)

Der Präsident giebt das Glockenzeichen und erjucht um Ruhe. Ackerbauminister Freiherr v. Giovanelli: Die Verantwortung in dieser Sache ist eine ganz bedeutende, denn es handelt sich nicht bloß um den Bergbau, sondern um die gesamte Industrie... (Neuerliche stürmische Unterbrechungen der Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Verkauf: Natürlich, das sagen Sie dem Reichshild nach!

Abg. Werner: Hören Sie schon auf!

Abg. Dazypinski: Das sagen die Reichshilds und Wilezels, die die ganze Bevölkerung noch weiter aushungern wollen, und das Ackerbauministerium bestärkt ihnen, daß sie das thun dürfen! Dafür haben wir die Reichshild und Reichshild und nicht die L. L. Regierung! Wir brauchen Reformen und Thaten, keine Worte! Ein Volk hungert!

Abg. Dr. Verkauf: Eine halbe Million Arbeiter hungert! Das sind auch gesellschaftliche Kräfte! (Widerwärtiger großer Lärm.) Der Präsident giebt das Glockenzeichen und erjucht neuerlich um Ruhe.

Ackerbauminister Freiherr v. Giovanelli: ... und damit um die wirtschaftliche Lage des Staats selbst. Und ein Angriff, eine nachträgliche Enttäuschung könnte zu viel schlimmeren Konflikten führen... (Unterbrechungen und lärmische Ruhe bei den Sozialdemokraten; Natürlich, die Angst des Ackerbauministeriums.)

Abg. Werner: Er versteht es ja nicht, er kommt herein und weiß nicht wie! Die Klage des Herrn Dipauli... (Großer Lärm.)

Ackerbauminister Freiherr v. Giovanelli: ... als es diejenigen sind, die durch die letzten Angriffsreize geschossen wurden. Die Regierung hat in den bereits citierten Erklärungen vor dem genossenschaftlichen Einigungsamte für das Ostrau-Karwiner Steu- lofleurevier den Weg angedeutet, welchen sie in dieser Frage zu be-

treten gedent. Die Regierung wird halten, was sie versprochen hat. Aber vor Abschluss der als notwendig erkannten Erhebungen kann sie einen meritorischen Beschluss in dieser Frage nicht fassen — wenn sie auch keinen Lust hat, im Hinblick etwa gewöhnliche Aufklärungen bereitwillig zu erteilen. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Daszjynski: Für die Aufklärungen werden wir uns bedanken!

Abg. Verneer: Heute wird auf den Schloßern der Herren Barisch und Rothschild illuminiert!

Abg. Dr. Verkauf: Sie bekommen ein solennes Vertrauensvotum von den Gewerks. Den armen hungernden Proletariaten in den Rücken zu fallen! Dafür werden Sie bezahlt!

Abg. Daszjynski: Sie verstehen gar nichts, das hat Ihnen ein Sektionschef mitgeteilt! (Lärm und zahlreiche Zwischenrufe seitens der Sozialdemokraten.)

Abg. Daszjynski: Vergessen Sie nicht, daß ein Mitglied der kaiserlichen Familie daran engagiert ist!

Abg. Daszjynski: Wir brauchen keine Komödie mit Sozialpolitik!

Abg. Dr. Verkauf: Natürlich! Die Millionäre würden dann 12 Prozent anstatt 18 bekommen!

Abg. Daszjynski: Gestern haben Sie Hunderte von Millionen nach allen Seiten hingeworfen, und heute, bei der ersten That geben Sie den Arbeitern Steine statt Brot!

Abg. Schrammel: Das hat Ihnen wohl der Tauffig diktiert.

Abg. Daszjynski: Schließen Sie lieber diese Mäde, ehe Sie diese anmaßende Heuchelei hier aufhängen!

Ordnungsrufe.
Präsident: Herr Abgeordneter Daszjynski, was Sie sagen, ist ganz unparlamentarisch. Ich erteile Ihnen den Ordnungsruf. Es hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Slama das Wort. (Unaufgehefter großer Lärm der Sozialdemokraten.)

Abg. Verneer (zum Ackerbauminister): Ein zweiter Falkenhahn sind Sie!

Abg. Daszjynski: Wozu haben wir diese Mäde? Wir brauchen Ihre Studien nicht! Diese Mäde brauchen wir zu Thaten, nicht zu Ihrem Geschwätz! Sie sind von Rothschild bestellt!

Der Präsident erteilt dem Abg. Daszjynski nochmals den Ordnungsruf. (Fortdauernder Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Daszjynski: Studium brauchen Sie! Unterbrechen sollen die Arbeiter hungern! Siebzehn Jahre haben Sie sich nicht gerührt, seit 1884 haben Sie nichts getan!

Abg. Refel: Gesellschaft von fatten Komödianten!

Präsident: Ich erteile auch dem Abg. Refel den Ordnungsruf! (Neuerliche Zwischenrufe des Abg. Refel.) Es ist traurig, daß Sie sich nicht schämen, den Ordnungsruf zu erhalten! (Unterbrechungen, Lärm und zahlreiche Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Slama, ich bitte doch, das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Slama: Unter Vorbehalt des Rechts, das Wort wieder zu ergreifen, stelle ich den Antrag auf Schluß der Sitzung. (Der Lärm und die Zwischenrufe der Sozialdemokraten dauern ununterbrochen an.)

Abg. Daszjynski: Studieren Sie einmal, wie der Hunger schmeckt! Die Arbeiter sollen wissen, daß das eine Farce ist!

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Daszjynski zum drittenmal den Ordnungsruf. (Andauernder, wachsender Lärm und Schlußrufe.)

Abg. Dr. Verkauf: Was ist das für eine Gesellschaft auf der Regierungsbank! Rothschild-Ancchte seid Ihr alle miteinander!

Abg. Daszjynski: Dazu brauchen wir die Regierung nicht und das Parlament nicht, daß der Ackerbauminister kommt und Studien begehrt!

Abg. Refel: Was er sagt, steht ja in der Petition der Industriellen! Er soll die Petition der Industriellen verlesen. (Ununterbrochener, harter Lärm; anhaltende Bewegung.)

Endlich flüchtete sich der Präsident v. Fuchs, indem er formlos die Sitzung schloß. Ihm nach folgten die Minister, nur Graf Welserheims blieb im Saale zurück. Ein tosender Sturm von Pfui- und Abszügen, in die ein Teil der zweiten Galerie, auf der Arbeiter vertreten waren, einstimmte, begleitete die Flucht der Regierung. Es war eine Scene von wilder Leidenschaft und stürmischer Kraft.

Wien, 26. Februar. Abgeordnetenhause. In der heutigen Sitzung nimmt zunächst Präsident Fuchs das Wort. Er kommt auf die Vorfälle der letzten Sitzung zurück und richtet an alle Parteien des Hauses die dringende Aufforderung, derartige bedauerliche Ausfälle in Zukunft zu vermeiden. Sollten sich solche Vorfälle wiederholen, fügte der Präsident hinzu, so würde er um den Parlamentarismus in Oesterreich ernstlich besorgt sein. Nach Verlesung der eingeleiteten Anträge beantragt der Sozialdemokrat Heller die sofortige Beratung der Dringlichkeitsanträge über den **K u s t a u d** in den Kohlenbergwerken. Der Antrag wird mit 124 gegen 78 Stimmen abgelehnt, worauf das Haus zur Tagesordnung übergeht.

Arbeiterdemonstration in Wien. Aus Anlaß der Annahme der neuen Gemeindevahl-Ordnung durch den niederösterreichischen Landtag fanden am Sonntag große Arbeiterkundgebungen gegen dieses reaktionäre Gesetz statt. Nach einer Protestversammlung, welche Sonntagvormittag im Monarch-Saale abgehalten wurde, sammelten sich etwa 6000 Personen in der Ringstraße an, wo sie unter Pfui- und Abszügen von Arbeiterführern auf und abzogen. Die Wache trieb die Menge auseinander und verhinderte sie gegen den Franzensring vorzudringen. Nur eine kleine Gruppe gelangte zum Rathhaus, wo sie dann abermals Kundgebungen veranstaltete, aber auch hier wurden die an den Kundgebungen beteiligten Personen schließlich von der Wache gestreut. Im ganzen wurden etwa 40 Personen verhaftet; die meisten wurden jedoch alobald wieder freigelassen.

Am Montag wird dazu noch gemeldet: Sämtliche bei der gestrigen Kundgebung auf der Ringstraße verhafteten Personen sind wieder freigelassen. Wegen 10 derselben wird gerichtliche, gegen die übrigen polizeilich verfahren werden.

Schweiz.
Internationales Amt für Arbeiterkühn. Der schweizerische Bundesrat hat die Errichtung eines internationalen Amtes für Arbeiterkühn angeregt. Ueber die Aufnahme, die diese Anregung in den wichtigsten Industriestaaten Europas gefunden hat, wird der „Frank. Zig.“ aus Bern mitgeteilt:

Oesterreich-Ungarn zeigte die meiste Bereitwilligkeit zu vorläufigen Verhandlungen. Denselben Land betrachtete die Frage als zur Zeit noch nicht reif; Belgien nahm eher eine ablehnende Haltung ein, in der Bestätigung, das projektierte internationale Bureau möchte statt nach Brüssel nach Bern kommen. Die weitere Förderung der Angelegenheit hängt in erster Linie von der Stellungnahme des Deutschen Reiches ab. —

Italien.

Rom, 23. Februar. (Via Ver.) Hier hat dieser Tage ein Kongreß der antikerikanischen Studenten stattgefunden, der auch von sozialistischen Studenten besucht war. Obwohl in der Minorität, haben die letzteren doch, wie selbst die bürgerliche Presse zugeben muß, den Kongreß geistig beherrscht. Sie waren es, die im Gegensatz zu den Liberalen, welche sich an rein formalistischem Kram festhielten, wirklich praktische Vorschläge machten, dem freien Gedanken

zum Siege zu verhelfen, die Massen aufzuklären etc. Auch bei den Erinnerungsfesten zu Ehren Giordano Brunos waren es liberale die Sozialisten, welche die Liberalen besängerten. Da das Gesetz, auf Grund dessen die offiziellen Feiern verboten worden waren, vom Kassationshof als nichtig erklärt ist, wird demnächst noch eine öffentliche Bruno-Feier stattfinden.

Rom, 26. Februar. Deputiertenkammer. Die heutige Sitzung war mit der Einbringung und Besprechung zahlreicher Interpellationen ausgefüllt, die die Lage auf Sizilien im Hinblick auf die im Prozeß Kotarbartolo zu Tage getretenen Umstände zum Gegenstande hatten. Die Sitzung ist ruhig verlaufen. Ministerpräsident Pelloni wird heute über acht Tage auf die Interpellationen antworten.

Senat. Nach dreitägiger Beratung lehnt das Haus die Abänderungsanträge ab, welche die Senatskommission zu der von der Deputiertenkammer bereits genehmigten Regierungsvorlage betreffend die **Bestreuerung des Jokers** gestellt hat, und nimmt darauf die Vorlage mit 73 gegen 31 Stimmen an. —

Frankreich.

Paris, 25. Februar. Wie verlautet, wird zwischen dem Kaiser und der französischen Regierung eine Verständigung über die gemäßregelten Fischhöfe zu Stande kommen. Der Kaiser will der französischen Regierung in vielen Punkten entgegenkommen, während in anderer Hinsicht Ingehindnisse verlangt werden.

Belgien.

Brüssel, 25. Februar. Gestern abend fand eine **socialistische Kundgebung** gegen den Militarismus statt. Eine große Menschenmenge durchzog die Straßen unter Absingen revolutionärer Lieder und Rufen gegen die „Blutsteuer“. —

England.

London, 26. Februar. Unterhand. Unterstaatssekretär des Äußeren Brodrick erklärt, die Bekanntmachung, welche englischen Unterthanen verbietet, mit dem Feinde Handel zu treiben, hindere neutrale Schiffe nicht, solches zu thun. Die Frage, ob eine bestimmte Handlung als Handel mit dem Feinde anzusehen sei, müsse in Gemäßheit der Umstände jedes entscheidenden Falles entschieden werden. Ferner erklärt Brodrick, daß ein Glaubensbuch über China in Vorbereitung ist und sobald als möglich herauskommen wird. —

Afrika.

Insubordinationen in der ägyptischen Armee. Infolge der in Omdurman angestellten Untersuchung über die bei zwei sudanesischen Bataillonen vorgekommenen Fälle von Insubordination wurden fünf eingeborene ägyptische Offiziere verabschiedet und als Gefangene nach Kairo gebracht. —

Partei-Nachrichten.

Partei-Organisation. Die Düsseldorfener Parteigenossen beschloßen, das Vertrauensmännersystem aufzuheben und die Leitung der Parteigeschäfte dem Socialdemokratischen Volksverein zu überweisen.

Der Streik der Bergarbeiter.

Aus Wien wird vom 25. Februar geschrieben: So gering die Hoffnungen waren, die man auf das Eingreifen der Regierung und des Parlamentes gesetzt hatte, sie sind demnach durch die zweite Sitzung des Abgeordnetenhauses in der bittersten Weise enttäuscht worden. In der Fortsetzung der Verhandlung über die Dringlichkeitsanträge wegen des Streiks der Kohlengräber erhob sich Freitag der Ackerbauminister, in dessen Resort in Oesterreich der Bergbau fällt, und gab eine Erklärung ab, deren Ton und Inhalt derart ist, daß sie direkt von den Unternehmern verfaßt sein konnte. Die stürmischen Szenen, die sich während und nach dieser unglücklichen Erklärung abgespielt haben, sparten jeder Beschreibung; sie übertrafen an Wildheit und Kraft die ärmlichsten Vorgänge, an denen das österreichische Parlament seit drei Jahren sicher nicht zu arm war. Die socialdemokratischen Abgeordneten, die sich unmittelbar vor der Ministerbank zusammengeballt hatten, überschütteten den Minister, ein Oberst, das lächle Vornehmheit posiert, mit einem Hagel von Zwischenrufen, der zum Schluß zu einem so gewaltigen Sturm anwuchs, daß der Präsident die Sitzung abbrechen mußte und die Minister unter drohenden Pfui- und Abszügen aus dem Saale entwichen. Seit dem historischen Abend im Jahre 1897, wo die Vertreter des revolutionären Proletariats die von den Bedenklichen entwiesene Tribüne des Abgeordnetenhauses stürmten, hat die österreichische Volkvertretung eine ähnliche Scene, ein Schauspiel von so gewaltiger Kraft und flammender Leidenschaft nicht gesehen. Es war ein Ausbruch des aus tiefster Not entstehenden, ein Aufschrei der betrogenen Massen, den das österreichische Parlament an diesem Freitag sah und den es weder bald vergessen noch jemals verwirnen wird. Die Situation der Regierung, die ohnedies eine ungemein preläre ist, ist durch diesen Zwischenfall eine geradezu bedrohliche geworden. Die Regierung, voran der Ministerpräsident Störber und der Justizminister Spens, sind durch die schändliche Liebe des Ackerbauministers ganz überrascht worden; erzählt man sich ja mit großer Bestimmtheit, daß Herr v. Roder die Einbringung eines Gesetzesentwurfes verlangte, im Ministerrat aber überstimmt worden war. Wenn die Regierung das schwache Vorgehen des kaiserlichen Ackerbauministers am Montag nicht desavouiert, so ist an eine ruhige Verhandlung im Abgeordnetenhause überhaupt nicht mehr zu denken.

Reicherr v. Giovanelli, so heißt der Ungarländer, der jetzt das Ackerbauministerium leitet, war vorher Ober-Landesgerichtsrat und er hat natürlich vom Bergbau keine blasse Ahnung. Die Erklärung, die man ihn vorlesen ließ, stammt ungewisslich von Ober-Bergbauamt Jechner, dem Vater aller Hindernisse, einem verhassten Feinde der Bergarbeiter, der seiner Zeit auch das vom Abgeordnetenhause beschlossene Gesetz auf Veranlassung der Bergbauinspektoren im Herrensaale zu Fall brachte. Was er durch den Mund des unwissenden Ministers sagte, ist eine offene Verhöhnung der kämpfenden Arbeiterschaft. In unglücklicher Justifizierung hat er die „Erklärung“ auszusprechen, daß „das gründlichste Studium“ notwendig ist, um ein Gesetz zu schaffen, von dem nicht zu befürchten ist, daß es eine Schwächung der Position der Industrie hervorgerufen würde. Diese Erwägung lasse es nicht zu, eine gesetzgeberische Aktion „unter dem Einfluß des Augenblicks“ zu bejähnen. Ein „Mißgriff“ könnte zu schlimmeren Konflikten führen, als die sind, die durch die letzten Angriffsstreiks — der Minister gebrauchte hauptsächlich diesen frechen Unterausdruck — „geschaffen worden sind“. Kurz, die Regierung lehnt es ab, auf die Initiative im Parlament einzugehen; sie verzieht sich lieber auf den Hunger, der schon die Arbeiter in die Grube treiben wird. Der Zweck der ganzen Erklärung liegt klar zu Tage: die Gewerkschaften lassen durch den staatlichen Minister die Arbeiter einschüchtern. Der Minister des Cabinets, das in Zeichen versprochen hatte, im Herbst eine Vorlage auf Abkürzung der Arbeitszeit im Bergbau zu bringen, beugt die Verhandlung im Parlament, um lang und breit die Gefahren der Kalkulationsarbeit auseinanderzusetzen und deren Unmöglichkeit zu beweisen! Ein solcher Treubruch war noch nicht da! Und dabei hat der Herr Störber nicht ein Wort der Sympathie für die Arbeiter aufgebracht; die Haltung der Gewerkschaft, die doch während des ganzen Streiks der Regierung so anfällige Geringschätzung bezug hatten, hat er nicht einmal getreift und über die gewaltige Not einer halben Million Menschen ist er mit einer Gleichgültigkeit hinweggegangen, als handelte es sich um Dinge im Mond. Schon beim Lesen macht diese Geringschätzung der brennenden Fragen der arbeitenden Menschen den denkbar erbittertsten Eindruck, und die grimmige Wut, die die socialdemokratischen Abgeordneten erfaßt hat, als sie den geschnittenen Lebensnerven die eingeleiteten Phrasen herunter-

stößten hörten, ist also nur allzu begreiflich. Einen Tag vorher hatte die Regierung Körper als ihre Devise die Hebung von Wohlstand und Kultur proklamiert, und da die armen Bergarbeiter kommen und einen Sonnenstrahl fordern, einen bescheidenen Teil von den Gütern dieser Erde verlangen, schlägt man ihnen mit Hohnsätzen die Thür vor der Nase zu. Wegen die süßlichen Worte, die Herr v. Roder immer macht, zeugen seine Thaten; was man von dieser Regierung bis jetzt erlebt hat, übertrifft an Arbeiterfeindschaft alles Dagegen!

Der Streik der Bergarbeiter tritt nun in sein schwerstes Stadium. Mehr als sechs Wochen kämpfen die Arbeiter mit einem Heroismus, der in der gesamten gestitteten Welt Bewunderung erregt, und immer beleihe sie dabei das Vertrauen, das Parlament werde schon helfen. Das Parlament hat es noch immer in der Hand, die Spekulation der Unternehmer zu zunichte zu machen, es kann, trotz der Regierung, die Beratung der Vorlage forcieren. Wie sehr die Regierung die Tüde jener Erklärung fähig, zeigt die Thatsache, daß sie nun die Kommission, die die Vorarbeiten für den Besetzungsentwurf besorgen soll, noch in diesen Monat zusammenetzen lassen wird und in einer offiziellen Mitteilung verspricht, „die Arbeiten mit allem Nachdruck zu fördern und einem raschen Abschluß zuzuführen.“ Vor einem Monat hätte die Einberufung einer solchen Kommission vielleicht noch etwas genügt; jetzt genügt kein Versprechen, jetzt braucht's der That. Die Arbeiter werden morgen nicht einschicken und die Kohlennot wird die Gewerke samt ihren Protektoren in der Regierung schon zu Paaren treiben.

Aus dem mitteldeutschen Braunkohlen-Revier.

Halle a. S., 25. Februar. Die zum Sonnabend von den Streikenden einberufene Einigungs-Konferenz hat zu keinem Resultat geführt, da von den Grubenbesitzern niemand erschienen war. Man beschloß, nun keine Unterhandlungen wieder anzubahnen. Einige Fabrikbesitzer benutzten jetzt die Gelegenheit, einige ihnen durch die Sommerbewegung der Metallarbeiter unliebsam gewordene Arbeiter (Kommissionsmitglieder etc.) zu entlassen. Die Grubenbesitzer der Firma Dehne werden Montag früh deshalb bei ihrem Chef vorkünftig werden.

Von Esleben lief heute früh bei dem Streikomitee ein Telegramm ein, wonach die Bergleute in Kupferhammer und im Cremler-Schacht in Abköllingen in den Streik getreten sind. Auf der Grube Marie in Wendorf bei Calbe a. S. will der Obersteiger den Schichtlohn um 10 Pf. erhöhen; die Bergleute wollen aber darauf nicht eingehen und wird erst morgen die Entscheidung fallen. In der Grube Grene und 539 bei Kautzchen (Hohenmölsen, Zeitzer Revier) ist es zu einer Einigung gekommen, da Generaldirektor Siemens die Lohnzulage von 10 Prozent und die übrigen Forderungen bis auf die Verklärung der Arbeitszeit bewilligte. In den Gruben bei Osnaunde sind die Forderungen ebenfalls bis auf die Verklärung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde bewilligt. Die dort beschäftigten Bergleute sind am Sonnabend bereits wieder angefahren. Eine heut nachmittag in Besein in der Braunkohlschächte stattgehabte Versammlung war äußerst stark besucht und nahm einen guten Verlauf für die Streikenden.

Die Zahl der Streikenden in den drei Revieren von Halle, Neuenhewitz, Zeitz ist auf 2100 gestiegen. Es ist ein größeres Aufgebot von Gendarmen aus Bitterfeld in das Streikgebiet geschickt worden. Von Zeitz nach Altenburg sind bereits 6 Jäger wegen des Kohlemangels eingeschickt.

Der Streik der Berliner Möbeltischler.

Die Freie Vereinigung der Holzindustriellen setzt ihre Agitationsarbeit unter den Tischlermeistern fort. Am Montag fand wieder eine Meisterversammlung im Concordiansaal statt. Der großkapitalistische Holzhändler Bry und andre Großunternehmer gaben sich krampfhaft Mühe, die Kleinmeister vor den durch Socialdemokraten verbeugten und verführten Arbeitern zu warnen und sich selbst als die einzig wahren Freunde des ehrlichen Handwerks zu empfehlen, unter deren Führung es gelingen würde, die „unverschämten“ Forderungen der Gesellen zurückzuweisen. In unserm Kampfe — sagte Herr Bry — heiligt der Zweck die Mittel. Außerhalb erwartet man Großes von meinem Vorgehen in Berlin — Von allzu großer Siegeszuversicht zeugt es gerade nicht, wenn Herr Bry und andre Herr Lindemann meinen: Wenn wir auch in diesem Kampfe nicht siegen sollten, so haben wir doch gezeigt, daß wir Mäßigkeit haben! Der bürgerlichen Presse aller Parteien erteilte Herr Bry das Lob, daß sie dem Vorgehen der Freien Vereinigung volles Verständnis entgegenbringe. Die Zeitungen aller bürgerlichen Parteien hätten das ihnen von der Freien Vereinigung gelieferte Material bereitwillig verarbeitet. Ein anderer Redner verlangte dagegen, daß der Presse noch mehr Material zur Verfügung gestellt werde, damit die öffentliche Meinung, die jetzt aufseiten der Streikenden steht, zu Gunsten der Unternehmer bearbeitet werde. Der Vorsitzende der Freien Vereinigung versprach dem auch, diese Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die bürgerliche Presse zu besorgen. — Herr Lorenz bemühte sich, die Lage der Berliner Tischlergesellen als eine zu günstige hinzustellen, daß eine Lohnerhöhung durchaus nicht notwendig sei. Er führte zu diesem Zweck eine Liste von 12—15 Gesellen aus drei großen Werkstätten an, von denen im Accord-Bodenlöhne von 80—90 M. verdient worden seien. Das erstaunte Gemurmel der Versammlung bewies zur Genüge, daß wohl keiner der anwesenden Meister je auch nur annähernd so hohe Löhne gezahlt hat. Wenn ein derartiger Verdienst nicht eine ganz letzte Ausnahme wäre, die nur unter besonders günstigen Verhältnissen bei ganz tüchtigen Arbeitern hin und wieder einmal eintritt, dann hätten doch die Streikenden wahrlich nicht nötig, einen Wochenverdienst von missheligen 24 M. als Ziel ihres Kampfes aufzustellen. — In der Versammlung wurde noch mitgeteilt, daß etwa 100 Präferenzen mit ungefähr 1000 Arbeitern den Betrieb eingestellt hätten, daß auch die Holzhändler sich dem Vorgehen der Freien Vereinigung angeschlossen hätten und bereit seien, die Schulden der Tischlermeister erforderlichenfalls zu prolongieren. Die Zahl der Streikenden schätzte die Unternehmer auf 15.000, ohne daß jedoch angegeben werden konnte, auf welchen Thatsachen diese Schätzung beruht. Die Häupter der Freien Vereinigung hoffen, daß die Massen der Streikenden bald erschöpft sein werden, und erklären den für einen strafbaren Resignation, der am Sieg der Unternehmer zweifelt. Die Zahl der Tischlermeister, die der Leitung der Freien Vereinigung folgen, soll 2000 betragen. Vielleicht um ihres Anhanges sicher zu sein, ließen die Schatzmacher ein Vertrauensvotum, welches jedem Versammlungsbesucher durch die Hand gesteckt wurde, unterzeichnen.

Am Sonntagvormittag beschäftigte sich der **Polzarbeiter-Verband** in einer Versammlung bei Keller, Koppenstraße, mit dem Streik. Leobold alle Tische und Stühle entfernt worden waren, waren der große Saal und die Galerie bis auf den letzten Platz gefüllt und bereits gegen 10 Uhr erfolgte die polizeiliche Absperrung, so daß viele Hunderte Personen keinen Einlaß mehr finden konnten. Nachdem sich die Versammlung darüber geeinigt hatte, daß die Delegierten zum bevorstehenden Verbandstag in Bezug auf die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung kein gebundenes Mandat erhalten, daß sich hierbei aber auf dem Verbandstag auch nicht an der Abstimmung über diesen Punkt beteiligen, sondern ebenfalls nur für eine Urabstimmung eintreten sollen, berichtete der Vorsitzende Theodor Glocke über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung. In seinen Ausführungen, die sich mit den Berichten des „Vorwärts“ deckten, betonte der Redner, daß das rigore, provokatorische Vorgehen der Unternehmer, insbesondere das der Freien Vereinigung der Holzindustriellen, die den Kampf mit den brutalsten Mitteln führt, doch keineswegs geeignet sei, die Bewegung unglücklich für die Arbeiter zu gestalten.

Die Leitung der Organisation ist demzufolge in jeder Beziehung vorbereitet und werden die Pläne der Schatzmacher, die Organisation der Arbeiter zu zerkleinern und die Lohnbewegung wegen Mangel an finanziellen Mitteln insoweit zu machen, sicherlich vereitelt werden. Der Stand der Lohnbewegung ist ein

Durchaus günstiger. Ein großer Teil arbeitet zu den neuen Bedingungen und entgegen den Behauptungen der Unternehmer kann festgestellt werden, daß die Zahl der Ausständigen sich bis jetzt auf ca. 6000 beschränkt, die allerdings am Montag durch weitere Ausperrungen erhöht werden wird. In der Diskussion wurde von den Rednern gleichfalls darauf hingewiesen, daß ein beträchtlicher Teil der Unternehmer bereit wäre, die Forderungen zu bewilligen und keineswegs geneigt sei, die Ausperrungen vorzunehmen, nur wenn sie sich nicht dem Zwange der Schachmache unterwerfen müßten. Außer anderen Branchen sind insbesondere die Präzisionsarbeiter mit dem Vorgehen der freien Vereinigung der Holzindustriellen nicht einverstanden, obwohl sie bereits ca. 400 Maschinenarbeiter ausgesperrt haben. Es steht sogar zu erwarten, daß die Präzisionsarbeiter, wie ein Vertreter der Maschinenarbeiter mitteilte, die Arbeit sehr bald wieder aufnehmen. In der weiteren Diskussion, in der die volle Einmütigkeit der Arbeiter zum Ausdruck kam, wurde unter anderem auch das Verhalten des Möbelhändlers J. Apelt, Staligerstraße, der, wie angeführt wurde, in der Unternehmer-Versammlung am Freitag den Vertretern der Holzindustriellen eifrig sekundierte, einer herben Kritik unterzogen. Einstimmig wurde beschlossen, es der Ortsverwaltung zu überlassen, die durch den Verlauf der Bewegung sich notwendig machenden Maßnahmen zu treffen und eine den Verhältnissen entsprechende Taktik einzuschlagen. Auch soll die Verwaltung entscheiden, in welchem Umfange das Abstreifen der unbeschäftigten Arbeiter noch zu veranlassen ist. Inwiefern die Anorganisten, die bei dieser Bewegung in Betracht kommen, unterstützt werden sollen, bleibt der Beschlusfassung einer Vertrauensmänner-Versammlung vorbehalten. Außerdem wurde beschlossen, daß in denjenigen Werkstätten, wo Ausperrungen vorgenommen werden, die übrigen Arbeiter ohne Zustimmung der Ortsverwaltung die Arbeit nicht einstellen sollen. Mit einem Hoch auf das Gelingen der Lohnbewegung schloß die Versammlung.

Ueber den Stand des Streiks ist zu berichten, daß am Montag 443 Arbeiter wiederum ausgesperrt wurden, ferner sind 121 in den Streik getreten, indem sie die Forderungen geltend machten. 82 Gesellen haben die Forderungen bewilligt erhalten, so daß 1800 zu den neuen Bedingungen arbeiten. Insgesamt befinden sich 6472 Arbeiter im Streik, im Laufe des Tages sind 92 Streikende abgereist.

Die Holzbildhauer befinden sich in folgenden Werkstätten im Ausstand: Marzshall, Rumpffstraße; Jelter u. Platen, Frankfurter Allee 117; Courtois, Schwedterstr. 208; Römer, Schauffstraße 23; Höhne u. Krämer, Kraußstraße 52. Wegen Nichtbewilligung der Lohnarbeit sind bei Wecker, Mantelstraße 58, die Bildhauer im Streik, Kollegen, welche durch den Tischlerstreik in Mitleidenschaft gezogen werden, wollen sich an die Agitationskommission der Bildhauer wenden. Diefelbe ist täglich von 9-10 Uhr vormittags, sowie Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends von 8 Uhr ab, im Restaurant Spielberg, Köpnickstr. 62, amwesend.

Der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter hielt gestern eine Generalversammlung ab, die von ca. 900 Personen besucht war. Wie berichtet wurde, sind bisher, soweit dies durch die Kontrolle festgestellt, etwa 450 Mitglieder ausgesperrt und ebenso viel werden ungefähr gegenwärtig noch arbeiten. Auf Antrag des Vorstandes erhalten die verheirateten vollberechtigten Mitglieder wöchentlich 12 M., die unverheirateten vollberechtigten 9 M. Unterstützung und diejenigen Mitglieder, welche nicht vollberechtigt sind, aber bis zum 12. Februar der Organisation schon angehört, 6 M. Bei der Abstimmung der Unterstützung ist erwogen worden, daß der Kampf von längerer Dauer sein kann. Die weiter arbeitenden Mitglieder und diejenigen, welche die Minderzahl bilden, sind verpflichtet, pro Woche mindestens eine Mark an den Streikfonds abzuführen.

Mehrere Anträge, nach welchen die Ausperrung durch die Forderung auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit beantwortet werden soll, wurden vorläufig vertagt und sollen in einer späteren Versammlung verhandelt werden.

Was bisher trotz reger Thätigkeit nicht gelungen ist, haben durch ihr brutales Vorgehen die Präzisionsarbeiter fertig bekommen, nämlich: alle in der Branche beschäftigten Arbeiter zu vereinigen. Ueber 100 Mann, die vordem völlig indifferent waren, haben sich in den letzten Tagen der Organisation angeschlossen, um gemeinsam mit den übrigen Kollegen den Kampf gegen das Unternehmertum aufzunehmen.

In der gestern abend im „Märkischen Hof“ stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung der Möbelpolierer wurde mitgeteilt, daß sich bis jetzt 619 Streikende haben einzeichnen lassen. Beschlüssen wird: 1. Die Streikenden in den Vororten in die Berliner Streikliste aufnehmen; 2. diejenigen Möbelpolierer, welche trotz rechtzeitiger Aufforderung der Tischler erst nach dem 21. Februar die Arbeit niederlegen, werden nicht als Streikende betrachtet; 3. wo Bewilligungen stattgefunden haben und nachträglich rückgängig gemacht werden, sind die deshalb ausständig gewordenen als Streikende zu betrachten; 4. aus eigener Initiative, also ohne von den Tischlern dazu aufgefordert zu sein, haben die Möbelpolierer die Arbeit nicht einzustellen; dagegen kann da, wo es zu berechtigten Arbeitsniederlegungen kommt, die Befähigung vorhandener Hilfskräfte gefördert werden, jedoch ist davon die Streikkommission zu benachrichtigen; 5. es sollen Sammellisten ausgegeben werden; diejenigen, welche ihre 1 M. Extrabeitrag pro Woche nicht zahlen, verlieren ihre Rechte an den Verband; 6. diejenigen, welche arbeitslos sind oder infolge des Streiks arbeitslos oder ausgesperrt werden, erhalten die gleiche Unterstützung wie die Streikenden; 7. die Abstempelung der Streiklisten findet nur einmal täglich und zwar von 9-12 Uhr vormittags statt; 8. die 1 Mark Extrabeitrag ist auch von denen zu entrichten, die nur einige Stunden täglich arbeiten. Kollege Curth berichtet über die Lohnbewegung der Dresdener Möbelpolierer.

In Ditzdorf haben die Tischler am Sonntag in einer gut besuchten Versammlung beschlossen, am Montag den Meistern ihre Forderungen vorzulegen und bei Verweigerung derselben in den Ausstand zu treten. Der Obermeister der Innung hat bereits geantwortet, daß er die Forderungen der Tischler für unbegründet halte. Am Montag sind hierauf in 11 Betrieben 57 Arbeiter in den Ausstand getreten. Bewilligt wurde in 7 Werkstätten mit 28 Arbeitern.

In Adlershof tagte am Sonntag eine Versammlung, die von 250 Personen besucht war. Nach dem Referat des Tischlers Stüchke erklärte sich die Versammlung mit dem Streik der Berliner Vernickler einverstanden und verpflichteten sich diejenigen, die in Arbeit stehen, pro Woche 1 Mark zum Streikfonds zu zahlen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Kleber (Tapeteleger) nimmt einen andauernd günstigen Verlauf. Wie die Lohnkommission in der gestrigen Versammlung, die bei Köster, Inselstraße, tagte, berichten konnte, arbeiten bereits über 900 Kleber bei 100 Unternehmern zu den neuen Bedingungen, während sich nur noch etwa 80 Mann im Ausstand befinden. Trotzdem nur in einer kleineren Anzahl Werkstätten die Forderungen noch nicht anerkannt worden sind, soll doch die Bewegung in vollem Umfange anrecht erhalten werden, weil einige Unternehmer schon wiederum versuchen, den ausgesetzten Tarif auf Umwegen illusorisch zu machen.

Berliner Gewerkschaftskommission. Für die österreichischen Bergarbeiter gingen ein:

Verband der Buchbinder 100.— M. Buchdruckerei Gebr. U. 14.— M. U. u. E. B. 3.— M. J. P. 10.— M. Verband deutscher Gastwirtschaftlichen 50.— M. Steindruckerei Hartkopf 6.50. Neim Schneider 10.— M. P. 20.— M. Stofffabriken Schülle Nachf. 10.— M. Goldbach 10.— M. Alter Parteigenosse, Buchholzerstraße 5.— M. Organisierte Gutmacher Berlins 100.— M. Schirmschneider Wende-

10.— M. Galvanoplastik 10.— M. Centralisierte Bauarbeiter Berlins und Umgegend 500.— M.

Für die deutschen Bergarbeiter:

Centralisierte Bauarbeiter Berlins und Umgegend 500.— M.

Verkaufsbüro W. Bading 25.— M. Schirmschneider Wende 10.—

Weitere Beiträge nimmt entgegen das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Annenstr. 16 I. J. A.: Der Aussch.

Deutsches Reich.

Der Streik der Kaufwaren-Juristen in Leipzig und Umgegend ist am Sonnabend für beendet erklärt. Es ist ein vollständiger Sieg der Gehilfen zu verzeichnen. Nicht nur, daß der ausgeübte Lohn tarif bis auf einige nebensächliche Punkte von den Prinzipalen anerkannt worden ist, es ist auch die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert und die Lehrlingsfrage geregelt worden.

Die Gemeinde-Arbeiter-Organisation in Halle, die nicht bloß von der Polizei, sondern auch von dem Magistrat und den bürgerlichen Stadtverordneten mit ächtlichen Augen angesehen wird, hatte am Sonnabend die erste gerichtliche Verfolgung zu bestehen. Vor dem Schöffengericht waren drei Gemeinde-Arbeiter und der gemahregelte Vertrauensmann Eichowesky wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz angeklagt. Sie wurden beschuldigt als Vorsteher des Vereins der Gemeinde-Arbeiter die Statuten sowie die Mitgliederliste der Polizei nicht eingereicht zu haben. Die Angeklagten behaupteten, sie seien Einzelmitglieder des über mehrere Städte verbreiteten Verbandes. Das Urteil lautete gegen Eichowesky auf acht Tage Gefängnis und gegen die übrigen Angeklagten auf 15 M. Geldstrafe. Verurteilung wird eingelegt.

Die organisierten Textilarbeiter der Düsseldorf-Firma Herzfeldt-Söhne hatten der Firma die Forderungen auf 10stündige Arbeitszeit, Lohn von 21-27 M. und Abschaffung der ungetretenen Stroten gestellt. Die Firma antwortete durch Plakat am schwarzen Brett, daß sie nichts bewillige. Diejenigen, die damit nicht einverstanden seien, könnten sofort aufhören. Die Arbeiter versuchten zur Zeit noch einmal, sich mit der Firma zu verständigen, doch erweist es nach der ganzen Haltung der Firma jetzt schon notwendig, daß sämtliche auswärtigen Spinner, Färber, Weber, Drucker den Zugzug nach Düsseldorf fernhalten.

Ausland.

In Eken (Norwegen) befinden sich die Schneider und Näherinnen im Ausstand. Zugzug ist ferngehalten.

Ausperrung in Finnland. Am 3. März werden in Helsinki 500 Schneider ausgesperrt werden. Die Unternehmer legen ihren Gehilfen einen reduzierten Lohn tarif vor und glauben bei der schlechten Geschäftslage ihre Absicht leicht durchzuführen zu können. Die Arbeiter sind aber gesonnen, Widerstand zu leisten, weshalb die Ausperrung unabweislich sein wird. In Aktinbolag sind die Arbeiter einer größeren Schiffsfabrik ausgesperrt. Der Verführer, Herr Säulge, soll die Absicht haben, in Deutschland Arbeitskräfte anzuwerben. Die Schachmache werden deshalb gut tun, dies zu beachten. Die junge aufstrebende Arbeiterbewegung hat überhaupt eine starke Aktion des gesamten Unternehmertums gegen sich zu erwarten. Man plant eine große Ausperrung der Industrie-Arbeiter.

Ein neues Syndikat bei den französischen Staatsarbeitern.

Bisher kannte man kein Syndikat unter den Arbeitern der Posten und Telegraphen. Diese Lücke hatte die Briefträger zwar nicht gehindert, vor einiger Zeit in den Ausstand zu treten; aber sie hatten hierbei doch Erfahrungen mancherlei Art gesammelt. Die ihnen den Wert der Organisation nahelegten. Seit dem 12. d. M. ist nun, wie das „Journal des Debats“ berichtet, das Syndikat der Arbeiter und Arbeiterinnen der Posten und Telegraphen regerrecht gebildet. Die Forderungen sind: Achtstundentag, feste Anstellung nach sechs Monaten, Anfangsgehalt von 5 Frcs. für den Tag, Ruhegehalt auf Staatslohn, Bezahlung während der militärischen Übungen, Wiederanstellung der als Soldaten Eingezogenen nach erledigter Dienstzeit etc. Nun kann, wie die „Fig. d. V. d. E.“ betruht feuzt, die deutsche Sozialdemokratie mit ihrem vom Reichstag abgeleiteten Anträgen auf vollste Verbindungsfreiheit auch für Staatsbeamte usw. sich auf die Thatsache in Frankreich berufen.

Aus der Frauenbewegung.

Der allgemeine österreichische Frauenverein (bürgerlich) nahm in einer Versammlung in Wien Stellung zu der Abänderung des Gemeinde-Wahlrechts. Nach den Vorträgen, in denen die wirtschaftliche soziale Raubpolitik scharf gegeißelt wurde, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die hier versammelten Frauen erkennen die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung in Bezug auf die Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen der arbeitenden Bevölkerung; sie erklären sich gegen die Verkürzung des Wahlrechts der Personal- Einkommenssteuerpflichtigen und — von der Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für alle Vertretungsglieder ausgehend — verlangen sie das aktive und passive Wahlrecht für den Gemeinderat, um ihre Interessen selbstständig vertreten zu können.

Sociales.

Die sozialreformistische Thätigkeit des französischen Eisenbahnministers Daudin ruft in dem Organ der vereinigten Eisenbahnen Deutschlands, der „Fig. d. V. d. E.“ ein lautes Echo hervor. Hat Daudin im November vorigen Jahres die Arbeitszeit aller Zug- und Bahnhof-Bediensteten, welche direkten Anteil am Fahrpreis haben, auf das Höchstmäß von 100 Stunden für 10 Tage beschränkt, während sie bisher bei der Mehrzahl mehr als 12 bis über 14 Stunden täglich betrug, so „überhäufte“ er nun, wie das Organ sagt, die Eisenbahn-Gesellschaften „formlich mit Erlässen“, um die genaue Innehaltung der Arbeitszeit und der Ruhezeit sicher zu stellen.

Mehr Unwillen erregt aber noch die Neuregelung der Zusammenziehung des technischen Eisenbahn-Betriebs-ausschusses. Daudin hat nach der genannten Fachschrift nämlich soeben den sozialistischen Abgeordneten Viviani und drei ehemalige Eisenbahn-Beamte in diesen Ausschuss einzuweisen lassen, um „dadurch dem Arbeiterelement Zutritt zu gewähren“. Da, sagt das Organ der vereinigten deutschen Bahnen, „von den technischen Beamten der Eisenbahn-Gesellschaften kein einziger weder diesem Ausschuss noch einer der beratenden Körperschaften des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten angehört, so bleibt den Gesellschaften nichts übrig, als ohne Rurren zu — schweigen“!

Der Krieg.

Cronje hält sich immer noch, trotz aller englischen Mitteilungen, daß seine Lage hoffnungslos sei. Schwierig ist sie ganz gewiß. Aber bei dem heroischen Mut der unter Cronje kämpfenden Boeren wäre es doch verfehlt, die schließliche Niederlage der — wenn nicht eingeschlossenen, so doch festgehaltenen — Armee voraussetzen zu wollen. Von besonderen den Boeren zugekommenen Verstärkungen erfährt man freilich bisher nichts, aber möglich ist ja, daß die Engländer Meldungen darüber zurückhalten oder selbst nicht genau unterrichtet sind. Die Stellung, die Cronje nach den englischen Berichten inne hat, kann man nicht einmal als sehr ungünstig bezeichnen. Er steht auf beiden Seiten des Flusses und ist von einem nach diesem jäh abfallenden Gelände umgeben, das sich ausnehmend als ein Hindernis für Angriffe der Engländer erweist.

Von den heute ziemlich zahlreich vorliegenden Nachrichten über die Belagerung Cronjes geben wir im folgenden die wichtigsten.

Am Mittwoch wird aus Vaardeberg gemeldet: Das Lager der Boeren ist von der britischen Artillerie in Brand gesetzt

worden und es war den Boeren unmöglich, sich während des Tages darin aufzuhalten. So sind die Boeren zur Zeit thatsächlich auf das Bett des Modderflusses beschränkt, oder in andern Worten auf eine Fläche von zwei Meilen Länge, 150 Fuß Breite und 50 Fuß Tiefe. Das Flußbett gewährt den Boeren aber guten Schutz. General Cronje ist auch mit Lebensmitteln reichlich versehen.

Am Donnerstag wurde ein zerstreutes Feuer sowohl im Norden wie im Süden des Flusses unterhalten. Die Brigade des Generals Anoy hält die Linie südlich vom Fluß, während General Smith im Norden das Lager der Boeren angreift. Im Laufe des Tages griff General French mit Artillerie ein Korps an, welches von einer starken durch Zugzug von Labysmith verstärkter Abteilung von Cronjes Truppen gehalten wurde. Die Boeren machten plötzlich einen Angriff auf General French, welcher sie mit heftigen Granatschüssen gegen die Drist zurückwarf; eine große Anzahl entkam, viele wurden jedoch getötet und 50 gefangen genommen. Dies Korps bildet eine vorzügliche starke Stellung. Im Laufe des Tages wurden während eines kurzen Waffenstillstands verschiedene Besprechungen gepflogen. Cronje scheint gewillt, sich zu ergeben, aber die jungen Transvaalboeren sind dagegen, der andre Teil der Belagerer ist sehr für die Uebergabe. Nichtsdestoweniger ist die Lage unverändert. Die Boeren werfen starke Verschanzungen rings ums Lager auf. Jedermann bewundert den großen Mut des Feindes, jedoch wird der weitere Widerstand als absolut hoffnungslos angesehen, der nur unnütze Opfer an Menschenleben mit sich bringe.

Ob die Meldung von den Uebergabebefehlen im Boerenlager richtig ist, kann natürlich nicht kontrolliert werden.

Die letzte ausführlichere Depesche reicht bis Freitag und ist ebenfalls aus Vaardeberg datiert. Cronjes Lage ist danach hoffnungslos, denn je Unire Geschütze beherrschen die vom Fluße aufsteigenden Anhöhen auf allen Seiten, zudem haben die Boeren durch einen Mittwochnacht vom Schropficer-Regiment ausgeführten Vorstoß oberhalb des Flußbettes 200 Yards von ihrer gedeckten Stellung eingebüßt. Frauen und Kinder der besetzten Linien bei der Streitmacht der Boeren und Lord Roberts hat ihnen angeboten, sie aus dem Bereich der Gefahr hinauszulassen; aber sowohl dieser Vorschlag wie das Anerbieten, ärztliche Hilfe zu senden, wurde abgelehnt. Ein Korps, welches von den Engländern am 21. d. Mts. genommen wurde, wobei 50 Gefangene gemacht wurden, ist von größter strategischer Bedeutung. Der Besitz dieser Position dürfte die Engländer in Stand setzen, alle von Osten heranziehenden Verstärkungen der Boeren zurückzuschlagen.

Von den beiden folgenden kurzen Depeschen bezieht sich die erste auf den Sonnabend, die zweite auf den Sonntag.

Von einem Vallon aus wurden verschiedne neue vom Feinde aufgeworfene Verschanzungen entdeckt, welche heute mit Granaten beschossen wurden.

Zwei englische Regimenter schlugen einen neuen Angriff der Boeren zurück. Die Verluste des Feindes sind beträchtlich.

Rhodes Geschäfte florieren.

London, 26. Februar. Cecil Rhodes führte in einer Versammlung der Debeers-Company zu Kimberley den Vorschlag und teilte mit, der Gewinn der Gesellschaft habe sich auf ungefähr zwei Millionen Pfund Sterling belaufen. Die Lage der Company sei eine erheblich günstigere geworden und sehr befriedigend. In der Versammlung bestrich Cecil Rhodes Transvaal und den Orange-Freistaat als Oligarchien, welche schon lange sich verschoren hätten, sich Südafrika zu bemächtigen. Jede dieser beiden Regierungen sei eine kleine politische Allianz, welche die Holländer hinter das Licht geführt hätte. Die Arbeiter arbeiteten seit zwanzig Jahren für ein unabhängiges Südafrika.

Es gehört die ganze Freiheit dieses Kriegsanfängers dazu, von Verhöhnungen den Boeren zu sprechen, während er es ist, der die Verhöhnung gegen die Boeren im Jahre 1895 und den Jameson-Einfall angezettelt hat.

Ladymith.

Ein Telegramm der „Times“ aus Colenso vom 24. d. Mts. lautet: Wir haben jetzt nur noch zwei Meilen vor uns, bis wir in Verbindung mit Ladymith kommen, aber dieser noch vor uns liegende Teil ist der schlimmste und wir müssen uns auf einen sehr harten Kampf gefaßt machen.

Die Wahlen in Calbe-Mecherleben.

Stahfurt, 26. Februar, 11 Uhr 55 Min. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Schmidt 17093, Platte 17950 Stimmen. Es fehlt noch Warth. Dies ändert jedoch nichts mehr am Endergebnis. Wir sind unterlegen, jedoch nicht besiegt.

Trotz der Niederlage bedeutet das Wahlergebnis doch ein vernünftiges Urteil der bei uns herrschenden Rechtsauffassung, wonach Belehiger der Majestät mit den schärfsten Strafen belegt werden. Der hinter Herkermannern Schwachtende gilt in den Augen der großen Masse des Volkes nicht als ein Verbrecher; nach wie vor genießt er das Vertrauen seiner Wähler, er hat die Stimmenzahl von der Hauptwahl im Jahre 1898 noch um einige überschritten.

Der Wahlkreis war seit 1867 bis zur Wahl 1897 von Dieke, freikonfessionell, vertreten.

1890 gewann die Sozialdemokratie in Stichwahl zum erstenmal den Kreis; Vertreter August Heine.

1893 ging der Wahlkreis wieder verloren. Platte, national-liberal, siegte mit 17 656 Stimmen gegen 2616 freikonfessionelle und 13 830 sozialdemokratische Stimmen.

1898 erhielten in der Hauptwahl Schmidt (Socialdemokrat) 17 000 Stimmen, Platte (natlib.) 13 804, St., Freikönigliche Volkspartei 2232 St., Antisemit 1237 Stimmen. In der Stichwahl siegte Schmidt mit 18 300 gegen 18 000 nationalliberale Stimmen.

Die jetzige Wahl wurde nötig, da das Landgericht zu Magdeburg, als es unsere Parteigenossen wegen angelegter Majestätsbeleidigung zu drei Jahren Gefängnis verurteilte, zugleich sein Reichstagsmandat für ungültig erklärte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 26. Februar. (B. Z. V.) Abgeordnetenhause. (Fortsetzung.) In der Debatte über die Dringlichkeits-Anträge bezüglich des Bergarbeiter-Ausstandes erklärt Ministerpräsident v. Körber, die in der letzten Sitzung des Hauses vom Vizekanzler abgegebene Erklärung habe zu einer missverständlichen Auffassung geführt, welche der Regierung den Wunsch nahe legte, „volle Klarheit über ihre Absichten zu schaffen. Die Regierung habe ihren Standpunkt in dieser wichtigen Frage, welcher mit vollem Recht die gesamte Aufmerksamkeit des Hauses auf sich lenkt, in unzweideutiger Weise durch den Vorstehenden des Einigungsamts in Teschen zum Ausdruck gebracht. Von diesem Standpunkte werde die Regierung in keiner Weise abweichen und sie sei sehr entschlossen, ihre gegebene Zusage voll einzulösen. Was die zur Diskussion stehenden Anträge anbelange, so könne er nur bemerken, daß die Regierung mit voller Bereitwilligkeit an den Arbeiten des betreffenden Ausschusses sich beteiligen und diese Arbeiten nachdrücklich zu fördern bemüht sein werde. (Lebhafte Beifall.)

Sofia, 26. Februar. (B. Z. V.) Infolge heftiger Schneefälle sind seit drei Tagen die Drahtverbindungen Sofias nach dem Inn- und Auslande gestört.

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung vom 26. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Miquel, Brafeld. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Warenhaussteuer.

Minister v. Miquel (schwer verständlich):

Ich habe die grundsätzliche Stellung der Regierung in dieser Frage hervorgehoben und einige Mißverständnisse zu berichtigen, die namentlich in der Presse über die Vorlage aufgeklärt sind. Der Entwurf stellt eine Novelle zur Gewerbesteuer, also zu einer Kommunalsteuer, dar. Die Gewerbesteuer wird erhoben von den Kommunen und die Kommunen sind auch berechtigt, die Gewerbesteuer als eine Realsteuer den lokalen Verhältnissen der Gemeinde anzupassen. Leider haben die Kommunen in der zweimähtigen Ausgestaltung der Gewerbesteuer versagt, namentlich haben sie verjagt auf dem Gebiet, auf dem sich der vorliegende Gesetzesentwurf bezieht. Inzwischen sind die Klagen über die ungerechte steuerliche Bevorzugung der Warenhäuser, wie sie der gegenwärtige Zustand mit sich bringt, immer lebhafter geworden, und so haben wir uns, wenn auch ungern, da wir die Sache lieber den Kommunen überlassen hätten, entschlossen, mit der staatlichen Gesetzgebung zu kommen. Es handelte sich darum, eine gerechte Besteuerung zu finden, die dem Umfang der Betriebe und den Lasten, die der Gemeinde daraus erwachsen, entspricht. Keineswegs handelt es sich hierbei etwa um eine Vernichtung des Großbetriebs im Handels- und Gewerbe. Eine derartige sozialpolitische Konsequenz auf dem Wege der Besteuerung zu ziehen, wäre grundfalsch. Die Vorlage soll nicht durch die Reichsgesetzgebung, sie bezweckt ja nur größere Gleichmäßigkeit in der Belastung der Handelsbetriebe. Es ist weiter behauptet worden, daß diese Steuer die Steigerung der Reinerträge verhindert. Nun beruht aber nur die staatliche Besteuerung auf dem Prinzip, die Personen nach der Leistungsfähigkeit, nach den Reinerträgen zu besteuern. Auf die kommunale Besteuerung haben wir diesen Grundsatz nicht anzuwenden können. Dort heißt es nicht bloß, welche Leistungsfähigkeit hat der Steuerpflichtige? sondern auch: In welchem Verhältnis steht sein Betrieb zur Kommune? Es handelt sich dann nicht bloß um die Leistungsfähigkeit, sondern um Leistung und Gegenleistung. Mit dem Satz vom höchsten Reinertrag wird zudem ein gewisser Mißbrauch getrieben. Genügt ist der Fabrikbetrieb viel billiger als der Handbetrieb. Aber der soziale Wert der Handarbeit, der Winterarbeit wird bei dieser Berufung des höchsten Reinertrags vielfach verkannt. Wenn der Staat in die gewerblichen Verhältnisse eingreift, muß er soziale Gesichtspunkte in Betracht ziehen. Das haben wir beispielsweise bei der Brauwirtschaft getan. Es wäre ein leichtes gewesen, die landwirtschaftlichen Ernteweinbrennereien durch die Steuer zu ruinieren. Aber dann hätte der Viehstand reduziert werden müssen, der Dünge wäre der Landwirtschaft entzogen worden, und an Stelle der Kartoffel- und Karfselber würden Pflaumen getreten sein. (Sehr richtig! rechts.) Die Warenhaussteuer ist in sich berechtigt, aber ihre Form kann man allerdings verschiedener Meinung sein. Die Umsatzsteuer ist als roh bezeichnet worden. Aber es geht nicht anders. Bei der Gewerbesteuer kann eben nicht unterschieden werden zwischen Betrieben mit eigenem und mit fremdem Kapital. Deshalb haben wir ja die Realsteuer an die Gemeinden abgegeben. Wir haben keinen anderen Weg bei der Besteuerung der Warenhäuser als den hier vorgeschlagenen, da wir sonst keine festen Merkmale für die Besteuerung hätten finden können. Man sagt, es könnten nun auch andere wirtschaftliche Betriebe kommen und verlangen, daß andre große Betriebe stärker besteuert würden. (Jura! links: Sind schon da!) Sie sind also schon da. — Und mit Recht! (Bewegung.) Ja, kann man es denn dem Kleinbauern am Rhein verdeden, wenn er verlangt, daß die großen Fabriken, die sich in der Nähe seines Dorfes aufbauen und deren Arbeiter keine Kommunalsteuern bezahlen, stärker zu den Gemeindeforderungen herangezogen werden? Welchen Erfolg die neue Besteuerung haben wird, kann kein Mensch heute schon mit Sicherheit sagen. Möglich, daß sie die Entwicklung zum Großbetrieb in manchen Fällen verlangsamten wird. Der Kapitalist wird sich fragen, ist es richtig, bei dieser Erhöhung der Steuerlast dein Kapital in einen solchen Betrieb hineinzustecken? Keineswegs aber wird in dieser Steuer ein Anreize zur Aufrechterhaltung der kleinen Betriebe geschaffen. Im Gegenteil: in Zukunft werden sich die kleinen Betriebe mehr und mehr zu Genossenschaften zusammenschließen müssen, wenn sie bestehen wollen. Dazu schafft ihnen die Warenhaussteuer Zeit. Die kleinen Betriebe sind an sich in einer sehr schwierigen Lage. Der Staat muß ihnen das Gefühl nehmen, als würden sie ungerecht behandelt. Da muß er sein, was er kann, damit dieses Gefühl einer mildernden Stimmung weicht. Um die vorgeschene Progression für die Betriebe, die mit großem Umsatz und niedrigeren Warenpreisen arbeiten, nicht rücksichtslos zu machen, ist im Gesetz die Schranke gezogen, daß die Umsatzsteuer nicht 20 Proz. des Reinertrags übersteigen darf. Das trotz dieser Schranke die Besteuerung bei sehr großen Geschäften auch so energisch eingreift, wird in der Kommission nachgewiesen werden. Es ist überhaupt worden, die Warenhäuser würden die Steuer auf die Lieferanten und auf das Personal abwälzen. Mit der Abwälzung ist es eine eigene Sache. Wäre sie so sicher, dann bräuhsten ja die Warenhäuser nicht gegen die Steuer zu sein. Heber gewisse Grenzen hinaus werden sich aber Fabrikanten und Personal die Abwälzung nicht gefallen lassen. — Die Vorlage hat viele Gegner, die sie prinzipiell bekämpfen werden. Die Freunde der Vorlage stimmen wieder in einer Menge Einzelfragen nicht überein. Sie möchte ich besonders erörtern, mit Ihnen vorzugehen. Zum erstenmal tritt die Gesetzgebung dieses Gebiet. Erfahrungen haben wir nicht. Zeigen sich Mängel im Gesetz, so können wir es ja später ändern. Gegenwärtig muß aber dafür gesorgt werden, daß das Kind nicht durch jubelnde Doktoren zu Tode kuziert wird. (Heiterkeit.) Zunächst müssen wir uns über die Grundfrage, die Tendenz einigen. Von der Tendenz, die großen Warenhäuser zu strangulieren, bitte ich gänzlich abzusehen. Das würde mit der Reichs-Gesetzgebung und großen gesellschaftlichen Grundfragen in Widerspruch stehen. Ich übergebe hiermit die Vorlage dem hohen Hause zur gründlichen, aber wohlwollenden Beratung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Crüger (Sp.):

Daß die Staatsregierung nicht gern an die Vorlage herantreten ist, glauben wir Herrn v. Miquel. Ihr Grundlag war: Es muß etwas geschehen, ob es etwas hilft, ist eine andre Sache. Herr v. Miquel hat ausgesprochen, daß das Kleingewerbe nicht durch die Steuer gefährdet werden würde, aber der Mittelstand soll das Gefühl erhalten, daß etwas für ihn geschehe. Herr v. Miquel hat auch den Grundlag aufgestellt, daß die Steuererleichterung soziale Fragen nicht lösen könne. Das ist ganz meine Ansicht, aber von dieser Ansicht aus muß die Vorlage abgelehnt werden, denn sie erreicht ja, wie offen eingestanden wird, den eigentlichen Zweck: Schutz des Mittelstandes nicht. Sollte ihm auf diesem Wege geholfen werden, dann müßte ja auch gegen das Genossenschaftswesen vorgegangen werden, das den Kleinanfangsmann doch auch bedrängt. Aber wer weiß, was noch geschieht. Diese Vorlage soll ja nur der Anfang sein und auf dieser Novelle sollen sich neue Novellen aufbauen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden auf diesem Wege gleichfalls bedrängt. Schon jetzt machen ja schon die Kleinhandwerker und Kleinhandwerker gegen sie mobil. Und wenn der Staat einmal für einen einzelnen Stand Partei nimmt, dann kann er es nicht ablehnen, ihn auch gegen die Konkurrenz der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu schützen. Es geht aber noch

weiter: Dem kleinen Kaufmann und Handwerker ist nicht nur die Konkurrenz verberlich, sondern auch die Spezialisierung. Also müßten danach auch die großen Spezialgeschäfte an die Reihe kommen. Die Regierung hat bei dieser Vorlage ihr konstitutionelles Gewissen schuldig gefühlt und ist auf die Wünsche der Mehrheit eingegangen. So ist diese Kompromißvorlage zu stande gekommen. In der Begründung wird den Warenhäusern eine Art Vorwurf daraus gemacht, daß sie billig einkaufen. Dafür verdienen sie doch vom Standpunkt des Konsumenten aus eher Anerkennung. Auch wird in der Begründung beinahe tabelnd angeführt, daß die Warenhäuser die Verzählung eingeführt hätten. Aber damit haben die Warenhäuser doch eine hohe sozialpolitische Aufgabe gelöst. Es ist doch gerade der Krebsbissen des kleinen Handelsstandes, daß er Waren auf Kredit kauft und verkauft. Wenn der Kleinbetrieb aus dem Beispiel der Warenhäuser lernen wollte, wäre schon viel erreicht. Auf die Klame der Warenhäuser wird hingewiesen und daraus auf unrealen Betrieb geschlossen. Der Schluss ist etwas läh. Jedenfalls stehen wir aber hier nur vor Behauptungen und Gegenbehauptungen. Den kleinen Kaufmann wird der Beweis sehr schwer fallen, daß sie durch die Konkurrenz dauernd geschädigt werden. Eine vorübergehende Schädigung gebe ich zu. Wenn sich aber nicht ein Wazar, sondern ein andres Geschäft aufbaut, dann werden die Geschäfte in der Nachbarschaft natürlich geschädigt. Der angeblich unläuterer Wettbewerb der Warenhäuser hat mit dieser Vorlage nichts zu schaffen. Ist er wirklich vorhanden und konnte ihm bisher nicht beigegeben werden, dann muß das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb abgeändert werden. Wird das Publikum in den Warenhäusern wirklich unzureichend bedient, dann würde ja die Kommune aus der Warenhaussteuer Nutzen aus unrellem Geschäftsbetrieb ziehen. Herr v. Miquel hat den Kommunen den schweren Vorwurf gemacht, daß sie von ihren Befugnissen nicht Gebrauch gemacht und die Gewerbesteuer nicht selber ausgebaut hätten. Wenn die Kommunen sich aber auf dieses Gebiet begeben hätten, dann hätten sie nur Panz und Streit in der eignen Mitte gehabt. (Sehr richtig! links.) Hat doch die Durchführung der Umsatzsteuer in den sächsischen Städten zu den schärfsten Kämpfen und zu der größten Erbitterung geführt. Auf diesem Wege wird nur Interessentpolitik in die Gemeinden getragen und ich frage mich, daß die Kommunen ihn nicht gegangen sind. Die Vorlage dient nur dazu, Illusionen beim Kleinanfangsmann hervorzurufen. Er bildet sich ein, jetzt muß es besser werden. Es wird aber nicht besser. Denn selbst wenn alle Warenhäuser stranguliert würden, dann würden an ihre Stelle doch nur eine große Anzahl kümmerlicher Kleinexistenzen treten und die bestehenden Geschäfte hätten nichts davon. Gewundert habe ich mich, daß unter der Vorlage der Name des Handelsministers steht. Die Vorlage hat nicht einmal in den Kreisen der Kleinhandwerker, die angeblich geschützt werden sollen. Die Organe des Kleinhandwerks bezeichnen sie einstimmig als einen Schlag ins Wasser. Ihre größte Gefahr ist, daß sie die Vegetativität dieser Kreise aufsteigelt. Dabei steht sie in Widerspruch zur Reichs-Gewerbe-Ordnung. Die Begründung der Vorlage ist selber eine verneinende Kritik des Gedankens der Umsatzsteuer. Wird die Größe des Betriebs als Grund der Steuer angegeben, ja dann können ja auch die Tagelöhner mit der Forderung kommen, daß der Großgrundbesitz steuerlich beschränkt werden, daß sich die Tagelöhner zu kleinen Bauern entwickeln können. (Heiterkeit rechts.) Ich erinnere Sie nur daran, welchen Sturm der Entrüstung es in den Kreisen der Händler erregte, als der Bund der Landwirte seine Pflanz-Gigarrs vertrieb. (Heiterkeit links.) Die Konsumvereine werden durch die Vorlage schlechter noch gestellt als die Warenhäuser, weil bei ihnen die Beschränkung der Umsatzsteuer auf 20 Prozent des Reingewinns nicht vorgesehen ist. Offensichtlich verliert die Rechte aus Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften diese Ungerechtigkeit. Die Ursache der schweren Mißstände im kleinen Handelsstande liegt in ihm selbst. Sein Einkommen ist oft so gering, daß die Angelegten im Warenhaus besser stehen. Das Gesetz hilft ihm nichts. Die Warenhäuser werden die Steuer, die sie zahlen, als Beweis für den großen Umsatz, den sie haben, zur Klame benutzen. Eine merkwürdige Konstellation ist es, daß Kleinanfangsmann, Kleinhandwerker und Hausbesitzer gemeinsam die Warenhäuser bekämpfen. Die beiden ersten Gruppen sind doch sonst nicht die Freunde der Wirt, deren Mietssteigerungen sie angefeindet sind. Der Minister des Innern hat jüngst gesagt, sein Bestreben sei es, alle Menschen glücklich zu machen. Nun, diese Vorlage wird die großen Warenhäuser nicht unglücklich machen. Nun kann nur geholfen werden durch Hebung seiner kaufmännischen Bildung, der Warenkenntnis und durch die Solidarität der genossenschaftlichen Organisation. (Bravo! links.)

Minister v. Miquel

wirft dem Vorredner Widerspruch vor. Der Sinn der Vorlage sei nur, die Generalverluste der Großbetriebe, die viel niedriger seien, als die Verluste der Kleinbetriebe, im Verhältnis etwas zu steigern. Der Vergleich zwischen Großgrundbesitz und Kleinbesitz sei ganz falsch, denn wenn die Konkurrenzfähigkeit ein Steuerobjekt wäre, müßte heute der Kleinbesitz höher besteuert werden, als der Großgrundbesitz. Es sei ganz gerecht, wenn die Konsumvereine der Warenhaussteuer unterworfen würden: sie seien ja auch der Gewerbesteuer unterworfen. Auch er halte die Genossenschaften für eine ungewisse Wohlthat für Bauer und Handwerker und für eine wesentliche Grundfrage der Erhaltung des Kleinbetriebs. Unheilvoll aber sei die Konsequenzmacheri, die der Vorredner getrieben. In der Konsequenzmacheri wollen wir nicht untergehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hören (C.):

Wir begrüßen die Vorlage als ersten Schritt zur Erfüllung aller Forderungen des Kaufmanns- und Handwerkerstandes. Wir bedauern nur, daß die Regierung diesen ersten Schritt so scküchtern thut und sich nicht voll auf den Boden der progressiven Umsatzsteuer stellt. Die allein im Interesse der Erhaltung eines gesunden Mittelstandes liegt. Die Regierung will der Vorlage den Charakter eines Steuergesetzes wahren, es muß sich hier aber um ein Schutzgesetz des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes handeln, der durch die Konkurrenz der Kolossalbetriebe in eine fürchterliche Lage geraten ist. Die Wazare wachsen wie Pilze aus der Erde. Tausende von Existenzen werden von ihnen verschlungen. Der innere Betrieb der Warenhäuser nimmt immer mehr zu. Immer mehr Branchen sind in ihnen vertreten. Dabei wird mit Lokartikeln gearbeitet und das schädigt die kleinen Gewerbetreibenden am meisten. Nicht allein die Kleinen leiden darunter, sondern auch die Großen und Größten unter den Kaufleuten. Die Großen scheuen sich nur zu klagen, nur ihr altes Renommees sich nicht zu verberben. Deshalb ist ein Schutzgesetz notwendig, ein solches darf aber nicht vom steuerrechtlichen Standpunkt gemacht werden. Es soll allein die Aufgabe haben, den ungeheuerlichen Umsatz einzuzugrenzen. Es giebt Warenhäuser mit 30 Millionen Umsatz. Dagegen kann nur eine stark progressive Umsatzsteuer helfen. Sie kann klein anfangen, muß aber kräftig sein, wo der Umsatz eine ungeheure Höhe erreicht. Der Umsatz allein ist die schädigende Ursache für die übrige Geschäftswelt. Jede Steuer, die den Umsatz nicht einschränkt, ist zwecklos, denn jede andre Abgabe wird der Geschäftslader durch erhöhten Umsatz weit zu machen suchen. Die Vorlage, die uns beschäftigt, halte ich für unwirksam. Eine Steuer von 2 Prozent genügt bei weitem nicht, ebenso ist die Bestimmung unannehmbar, daß die Steuer niemals den fünften Teil vom Reinertrag übersteigen darf. Auch die Beschränkung, daß nur die Geschäfte herangezogen werden sollen, die mehr als eine Branche führen, ist sehr bedenklich. An sich ist es gleichgültig, ob ein Geschäft den Niesennsatz mit einer oder mit zwei Branchen erzielt. (Sehr

richtig! links.) Die Warenhäuser würden sich diesen Bestimmungen sehr bald anpassen. Ich sage also, der Umsatz soll erdroffelt werden, wo er eine schwindelnde und ungesunde Höhe erreicht. Herr Kollege Crüger sagte, fängt man erst einmal mit den Warenhäusern an, so muß man auch die Großindustrie und den Großgrundbesitz bekämpfen. Bei der Großindustrie handelt es sich um produktive Arbeit, um die Ausnutzung der Technik, um Vermehrung des Nationalvermögens. Ob das Publikum aber in einem oder in mehreren Geschäften kauft, ist gleichgültig, ohne wirtschaftliche Bedeutung. Deshalb wie bei der Großindustrie ist es beim landwirtschaftlichen Großbetrieb. Je größer er ist, desto nuzbringender kann er angesehen werden. Ich bin nun weit entfernt, den Nutzen des Großkapitals zu bestreiten. Es ist gut auf dem Gebiete des Exporthandels, des Transportwesens, aber es soll sich nicht des Kleinhandels bemächtigen. (Sehr richtig! im Centrum und rechts.) Es ist noch nicht einmal ausgemacht, daß man in den Warenhäusern billiger und besser kauft. Aber zugegeben diesen billigen Verkauf. Er würde doch aufhören, sobald die noch bestehende Konkurrenz beseitigt worden ist. Ist erst der Detailhandel ganz tot, dann werden sich die Großen nicht untereinander zerfleischen, sondern Ringe bilden und Kartelle schließen. Es mögen einzelne Fälle sein, wo Intelligenz und Fleiß zu der allmählichen Bildung von Warenhäusern geführt haben; in den meisten Fällen sind sie vom Großkapital gegründet. Große Warenhäuser stehen hinter den Wazaren. Trotz aller Bedenken will ich mich aber auf den Boden der Vorlage stellen. Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall im Centrum.)

Gef. Rat Strauß:

Der Vorredner hat eine glatte Prohibitivsteuer verlangt. Eine solche würde im Gegensatz zur Gewerbefreiheit stehen und zu einem solchen Gegensatz kann die Gesetzgebung keines Einseitig die Hand bieten. Wir werden Ihnen in der Kommission Zahlen geben, aus denen Sie ersehen werden, daß eine Umsatzsteuer von 2 Prozent schon sehr kräftig wirken wird. Wir haben die Branchenzahl ins Gesetz aufgenommen, weil wir nachweisen können, daß gerade die Mißgeschäfte den größten Vorteil erzielt haben.

Abg. Hausmann (nall.): Die Mehrzahl meiner politischen Freunde steht der Vorlage nicht sympathisch gegenüber. Wir wollen keine Prohibitivsteuer. Die Regierung hat die Vorlage ja auch nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, eingebracht. Wenn ich hoffe, daß doch aus dem Gesetzesentwurf noch etwas Brauchbares werden könne, so ziehe ich nach der Richtung, daß die ganze Besteuerung des Umsatzes aus dem Gesetz eliminiert werden kann, ohne den steuerlichen Effekt zu beeinträchtigen. Ich glaube, es wird sich praktisch nur eine Ertragssteuer durchführen lassen. Wie der Entwurf gegenwärtig ist, scheint er mir zahlreiche Möglichkeiten der Umgehung zu bieten.

Nachdem weiter Handelsminister Brafeld und Abg. Brockhausen (L) für die Vorlage, Abg. Göttsch (fr. Wg.) für dieselbe gesprochen hatten, wurde die Beratung auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Schluß 1 1/2 Uhr.

Gewichts-Beitrag.

Zum Kampf gegen das Streikpostenwesen hat wieder einen Lehrreiden Beitrag eine Verhandlung vor dem Schöffengericht gegen den Metallarbeiter Tschöbe am 24. d. Mtd. Tschöbe sollte sich dadurch vergangen haben, daß er die Aufforderung eines Beamten, sich aus der Nähe der gelberrten Fabrik zu entfernen, nicht Folge geleistet habe. Die Vernehmung des Beamten selbst ergab nun folgendes: Er rief am Elisabeth-Platz von weitem dem Angeklagten zu, er solle weiter gehen. Dieser hat dies, begab sich nach der Pragerstraße, woselbst er wieder von dem Beamten getroffen und fixiert wurde. In Uebereinstimmung mit dem Antrage des Staatsanwalts und des Verteidigers, des Rechtsanwalts Dr. Heinemann erlauchte das Gericht auf Freisprechung, da nicht ein einziges Merkmal des Gesetzes vorliege. Weder sei eine ordnungsgemäße Aufforderung des Beamten noch ein Angehöriges des Angeklagten dargethan.

„Krieger und Genossen“ betitelt sich die Strafsache, deren Verhandlung gestern vor der Strafkammer des Landgerichts II begann. Da 13 Personen im Anklageraum Platz zu nehmen hatten und eine große Zahl von Zeugen zu vernehmen ist, mußte die Verhandlung im großen Schwurgerichtssaal stattfinden. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Hara, die Verteidigung führten Justizrat Dr. Ph. Frankel, Rechtsanwalt Dr. Schwandt, Leop. Meyer, Reichner II und mehrere Referenten. Der erste Angeklagte, Streikträger Emil Krieger und noch sieben Angeklagte gehören zu der Diebesbande, die seit einiger Zeit es sich zur Aufgabe gemacht hatten, in der Umgegend von Berlin die Kupferdrähte der Telegraphenleitungen zu stehlen. Solche Diebstähle kamen seit dem Jahre 1898 an den verschiedensten Stellen der Umgegend von Berlin häufig vor. In der Regel holten die Diebe die wertvollen Bronze- und Kupferdrähte unmittelbar von den Stangen, die sie mittels besonderer Steigbüchse erklimmen, herunter, indem sie die Drähte mit einer Kneifzange oder einer Zelle abtrennten und mitnahmen. Die Diebstähle hörten auch nicht auf, obwohl in zwei Fällen der Spitzhube das Wagnis, die elektrischen Drähte abzuschneiden, mit dem Tode hatte bezahlen müssen. Dieses Schicksal ereilte einen gewissen Kelson bei Tempelhof; er wurde während der „Arbeit“ vom elektrischen Strom erfasst und getötet. Ebenso erging es einem gewissen Kahl, am 12. Dezbr. 1898 bei Adlershof. Dieser hatte am genannten Tage den Mast der Drahtleitung der elektrischen Werke an der Landtrasse zwischen Grünau und Adlershof erklommen. Bei dem Versuch, den Draht von den Isolatoren abzuhaken, schrie er plötzlich auf: „Ich brenne!“, seine Hände krampten sich zusammen, er fiel rückwärts auf die Drähte und dann schlugen die Flammen an seinem Körper empor und er kam elend zu Tode. Trotz dieser tragischen Ereignisse hörten die Diebstähle nicht auf; es sind viele Centner Draht geschlohen und sonst stets von den Dieben mittels mitgebrachter Wagen von den Orten der That weggeschafft worden. Der Polizei wollte es lange Zeit nicht gelingen, einen Fehler zu entdecken, endlich glaubte sie feststellen zu können, daß ein höheres Metallvorengeheft Abnehmer des produktiven Grades sein müsse und es wird nun der Inhaber eines Produktiv-Engros-Geschäfts in der Hochstraße und dessen Sohn beschuldigt, den Mittelpunkt der Hehlerei gebildet zu haben. Unter diesen beiden stehen noch eine Händlerin und zwei Metallhändler unter der Anklage der Hehlerei. Die Diebe sind zum Teil geständig, die der Hehlerei Beschuldigten bestreiten ihre Schuld. Die Verhandlung wird bei dem Umfang der Vernehmung der Angeklagten und der Vernehmung zweier Tage in Anspruch nehmen. Das Ergebnis werden wir mitteilen.

Ein gefährlicher Churz, den sich der Kutscher August Preuß mit einer Kadlerin erlaubte, hat für beide Teile verhängnisvolle Folgen gehabt. An einem Oktobertage des verfloffenen Jahres fuhr der Angeklagte von der Parkstraße kommend durch die Lindenstraße. Neben ihm auf dem Kutschersitze saßen noch zwei junge Leute. Eine junge Dame, Fräulein Gertrud Raab, fuhr eine kurze Strecke neben dem Wagen. Die Insassen warfen ihre Bemerkungen zu, die sie nicht verstand. Um außer Hörweite zu kommen, beschleunigte sie ihre Fahrt und war im nächsten Augenblick in gleicher Höhe mit dem Pferde. Nun wollte der Angeklagte der Kadlerin einen Schreck einjagen, indem er das Pferd so lenkte, daß es in die unmittelbare Nähe der jungen Dame kam. Diese wurde von dem Pferde berührt und so unglücklich zu Fall gebracht, daß sie unter dem Wagen geriet. Beide Mädchen gingen über ihren Unterkörper, sie erlitt einen doppelten Verbruch. Preuß erhielt eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung. De

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 27. Februar.
Opernhaus. Die letzten Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Eisenbahn. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Das tausendjährige Reich. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reising. Der Äthiopier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Verliner. Die Herren Söhne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Nadie Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Proberpfell. Anfang 8 Uhr.
Deffen. Der Bärenhäuter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Widerspenstigen Zähmung. mit dem Reflektier-Borspiel. Anfang 8 Uhr.
Central. Die kleine Excellenz. Anf. 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Die Jagd nach dem Glück. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Reise nach Amerika. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Dame von Maxim und der Proberpfell. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verheiratete Welt. Anfang 8 Uhr.
Wolke. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vahage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Ironia. Jubelabend. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Bewußt.“
Im Hofsaal: Dr. Noss: „Die Glasfabrikation“.

Central-Theater
Direktion: José Foranoczy.
Zum vorletztenmal:
Die kleine Excellenz.
Operette in drei Akten von Richard Genberger.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Donnerstag, 1. März, zum 144. Mal:
Die Puppe. Operette in 3 Akten und ein Vorspiel von Ed. Andram.
Sonntag, 3. März, 3 Uhr zu haben
Preis: Die Fiebermans von Johann Strauß.

Thalia-Theater.
Tel. Amt I Va 6440. Dresdenstr. 72/73.
Täglich: Niefenlacherfolg!
Im Himmelhof.
Thomas, Thiescher, Heimerding, Junkermann, Paulschler.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

Apollon-Theater.
Um 9 Uhr abends:
Im Reiche des Indra.
Eine Fahrt durch die indischen Wundergärten.
Um 1/2 8 Uhr: La Fagette. Schwestern Sorini. Dell Oro. Acquamariños. Hill u. Hill. Diamantia. Ephraim Thompson, Dagmar Hanson etc. etc. etc.
Der Kosmograph. neueste Aufnahmen aus dem Transvaalkriege.
Anfang 1/2 8 Uhr.
Vorverkauf im Theater von 10 bis 1 Uhr, sowie im Invalidendank u. Künstlerdank.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Ruz noch 3 Aufführungen:
Die Jagd nach dem Glück. Realistisches Lustspiel mit Ges. in 7 Bildern von Carl Weisk. Musik von F. Fall. Anfang 8 Uhr.
Vorstellung haben Gültigkeit.
Im Tunnel o. 7 Uhr an Freikonzert.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Freitag: Volkvorstellung.
Parkett 1,10 M. Ruz einmalige Aufführung: Lenore, die Grabesbraut.

W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 10
Familie Buchholz.
Lebensbild in 4 Akten v. V. Krepow.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzfränzchen.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Bewußt.“
Hofsaal:
Dr. Noss: Die Glasfabrikation.
Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Anatomisches Museum
im
Passage-Panopticum.
Geöffnet 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Montag u. Dienstag abends 8 Uhr:
Vortrag eines hiesigen Arztes:
Ueber das menschliche Ohr.
Montag für Herren, Dienstag für Damen.

CASTANS
PANOPTICUM
Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armes
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Sänger
und
Schuhplattler-Gesellschaft.

Belle-Alliance-Theater.
Heute und morgen, abends 8 Uhr:
(Im New York 500mal aufgeführt)
Die Reise nach Amerika.
Sensationelles Lustspiel in 5 Akten.
Soubert, Tagest, Juvaldent und Künstlerdank.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Mittwoch, 28. Februar, letzter Tag des sensationellen Februar-Programms.
Zum letztenmal:
Endlich allein.
Ottomar Lehmann: Dr. Rich. Winkler.
Letztes Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Soubert. 11-1 Uhr.
Freitag, 2. März, bleibt wegen Privatverhältnisse geschlossen.
Sonntag, den 3. März 1900 nach der Vorstellung: **Grosses Bockbier Jubel-Fest.**
Viele Ueberraschungen Große Preisverteilung. Besucher der Vorstellung haben Freitags.

Metropol-Theater
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Telephon Amt I. 2128.
Spezialitäten-Programm allerersten Rangs.
Madle, Sidley, Miss Dejo.
Les Arbras. Les Vicentina.
Allison-Truppe.
Littke Carlsen.
Um 9 Uhr 30 Minuten
Die verkehrte Welt
mit der feinsten angefertigten
Frauen-Parade.
Anfang an Wochentagen um 8, an Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr.
Rauschen in allen Kassen geöffnet.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4 n.
Freitag am Fastnachts-Dienstag:
Fastnachts-Ball
vorher Vorstellung von Hoffmanns Nordd. Sängern.
Eutree wie gewöhnlich.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger
Anfang: Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Soubert 40 Pf.
Vorstellung von Hoffmanns Nordd. Sängern.
Eutree wie gewöhnlich.
Anfang 8 Uhr.

Großartiges Programm!
Donnerstag, 1. März:
Wiederauftreten von Fritz Steidl.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Mittwoch, den 28. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Stechert, Andreasstraße 21:
Versammlung sämtlicher Vertrauensmänner.
Verbandsbuch und Vertrauensmänner-Karte legitimieren.

Donnerstag, den 1. März 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Züd-Ost“, Waldemarstr. 75:
Branchen-Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Der Möbelmacher-Streich und die Aussperrung der Holzarbeiter.
2. Verbandsangelegenheit. Verschiedenes.
Kollegen, ersehen zahlreich und pünktlich.
79/17 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer. Achtung!
Mittwoch, den 28. Februar cr., abends 8 Uhr:
Grosse Einsetzer-Versammlung
bei Herzberg, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Die Zwischentreiber der Arbeitgeber. Referent: Kolb Kurkowsky.
2. Diskussion. — Die Einsetzer von Kuhnert und Kühns sind eingeladen.
Als Geiperrt und zu meiden sind: Gardi, Bau Gerichtsgebäude, Neue Friedrichstr. 15; Sommerlatte, Stralau; Meier, An der Stadtbahn; Kempau, Brangelstraße.
79/20 Der Einberufer.

Holzarbeiter!
Heute vormittag 10 1/2 Uhr, in der Branerei Friedrichshain (fr. Lipp 8), Am Friedrichshain und im 79/18
„Schweizer-Garten“, Am Königsthor:
Versammlung der Streikenden.
Tagesordnung: Der Stand der Bewegung.
Rixdorf.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, 28. Februar, vormittags 9 Uhr, im Lokal des Herrn Thomas, Hermannstr. 48-50:
Öffentl. Versammlung der Möbelmacher.
Tagesordnung: Der Stand unseres Streiks. 80/1

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter
und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Rannysstr. 27 bei Graumann:
Delegierten-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht: Angelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, auf jeder Werkstätte einen Delegierten zu senden, da wichtige Punkte zu erledigen sind.
Am 1. April, nachmittags 4 Uhr, findet in der Urania eine Vorstellung statt. Zur Ausführung gelangt.
Von den Alpen bis zum Vesuv.
Billets a 75 Pf., 50 Pf. und 30 Pf. sind zu haben im Arbeitsnachweis, Rannysstr. 79, und bei dem Kassierer Hensel, Reichenbergerstr. 59.
141/7 Der Vorstand.

Achtung! Maurer.
Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr, Pajewkewerstraße 3:
Mitglieder-Versammlung
des
Centralverbandes der Maurer für den Wedding.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion und Bericht.
Um guten Besuch bitten
Die Verbandsleitung.

Schöneberg.
Donnerstag, den 1. März, abends 8 Uhr, im Saale des Klubhauses, Hauptstr. 5/6:
Volks-Versammlung
für Frauen und Männer.
1. Vortrag der Frau Dr. Adele Gerhardt über: „Konsumgenossenschaften und ihre Bedeutung.“ 202/11
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Vertrauensperson.

Cirkus Busch.
Heute, Dienstag, den 27. Februar, abds. 7 1/2 Uhr: Grande Solrée-Equestre.
Zum 110. Male: **Die Camorra.**
Außerdem: 30 Hengste u. 2 Elefanten auf dem Spielplatz. Herr Burkhardt-Football, Schütze auf Hahnenwader. Signor Ricardo mit sein dres. Reute Die Rammer-Akrobaten-Troupe.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolf, Hohenberg etc. Entree 30 Pf. Vorzugsbillets 15 Pf.
Mittagstisch) Suppe, Gemüse, Braten u. Kompott. inf. Bier 50 Pf. Köpplikerstr. 55a.

Cirkus Schumann.
Heute, Dienstag, den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. außerord. Gala-Vorstellung.
10 d. besten Nummern des Repertoires Direktor Alb. Schumann mit seinen anerkannt unerreicht dastehenden Originaldarstellern.
Zum Schluss: Zum 25. Male:
Dr. Faust.
Eine phantastisch-romantische Handlung in 3 Akten von Hof-Balletmeister A. Stems.
1. Akt: Im Studierzimmer des Dr. Faust. Im Reiche der Liebe.
2. Akt: Ein Schützenfest im 16. Jahrhundert. 3. Akt: Die Herzogin von Parma. Der Hexensabbat auf dem Blocksberge.
Fausts Höllenfahrt.

Achtung! Achtung!
Buchbinder u. verwandte Berufsgenossen.
Morgen, Mittwoch, den 28. Febr., abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentl. Versammlung
aller in
Buchbindereien, Contobuch-, Leder-Galanteriewaren-, Lutzpapiere- u. Kartonfabriken beschä. Arbeiter u. Arbeiterinnen im Mess-Palast (großer Saal), Alexandrinenstr. 110.
Tages-Ordnung:
1. Werdit die von der Regierung zu den Unfallversicherungsgesetzen vorgelegte Novelle den Arbeitern und Arbeiterinnen, und welche Forderungen haben dieselben dazu zu stellen? Referent: Genosse Dähne. 2. Bericht der Delegierten von der Gewerkschafts-Kommission und Remuath derselben. 3. Verschiedenes. 23/10
Wir richten an die Kollegen und Kolleginnen sämtlicher Branchen das dringende Ersuchen, höflich in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.

Maler.
Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Kombinierte Mitglieder-Versammlung der Bildner I und II.
Tages-Ordnung:
1. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation und die Verschmelzung der Bildner I und II. Referent: Verbandsvorsitzender Kollege T o b l e r - D a m b u r g. 2. Eventuelle Wahl der Bildnerverwaltung. 3. Wahl des Agitationskomitees. Das Erscheinen der Kollegen ist durchaus notwendig. Mitteilungsblatt legitimiert.
Der Einberufer.

Gesellschafts-Haus „Nord-Ost“.
Weberstr. 17. Zuth: Gust. Brochnow. Telephon VII 1663.
ca. 1000 Personen fassend. — Vereinszimmer mit Piano.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: **Bäcker-Ball.**
Zur prachtvoller Reuegarten mit Landengang, 500 Personen Sommer-Saison; fassend, elegant eingerichtet. Sonnabende frei. Täglich zu allen Festlichkeiten und Versammlungen zu vergeben.

Schonet Eure Wäsche
mit Karol Weils Seifenextrakt.
Ueber 2000 Stück Hinterschinken a Pfund 75 Pf.
Extrafine Ware offeriert 3790L*
I. A. Partenheimer, Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 19a
Rollschinken a Pfund 70, 80 und 90 Pf.
Picnic-Vorderschinken a Pfund 55 Pf.
Schlackwurst, Salami, f. Leberwurst } a Pfund 75 Pf.
Zungenwurst und Braunschweiger } gemischt
Rotwurst, Zwiebel- und Mettwurst, 5 Pfund 48 Pf.
geräuchert fetten Speck a Ctr. Mk. 48,-
mager „ „ „ 58,-
Berliner Bratenschmalz a Ctr. Mk. 43,-

Interessante Neuheiten auf dem Lebensmittelmarkt:
Lösl. Frühstücks-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
zu haben bei **Theobald Scholz, Neu-Lichtenberg, Wilhelmstr. 81**
zum Ausschank sehr geeignet!
süss, rot, wie Portwein,
ausgezeichnet im Geschmack,
garantiert rein, 10 Ltr. M. 7,-, 100 Ltr. 65,-, Oxhoft M. 120,-
Eugen Neumann & Co., Hollmannstr. 16, Amt IV. 9676.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilw. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Wein
garantiert rein, 10 Ltr. M. 7,-, 100 Ltr. 65,-, Oxhoft M. 120,-
Eugen Neumann & Co., Hollmannstr. 16, Amt IV. 9676.
Zähne 2 M.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilw. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Marly-Cacao
vornehmste Marke.
Von Konneze bevoorzugt.
Höchste Angenehmheit und feinstes Aroma, pr. Pfd. 1,50, 2,00, 2,40
Deutsche Kaffee-Rösterei
A. Pennitz,
Rosenthaler Strasse 59.
Garantiert rein und leicht löslich.
Höchste Angenehmheit und feinstes Aroma, pr. Pfd. 1,50, 2,00, 2,40
Deutsche Kaffee-Rösterei
A. Pennitz,
Rosenthaler Strasse 59.
Garantiert rein und leicht löslich.
Höchste Angenehmheit und feinstes Aroma, pr. Pfd. 1,50, 2,00, 2,40
Deutsche Kaffee-Rösterei
A. Pennitz,
Rosenthaler Strasse 59.

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfd. (gröbere zum Nähen).
Fälschungsbekämpfung, mit 10 u. 20 Gänsefedern, mit allen Dämmen 1, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 6,50, 7,00, 7,50, 8,00, 8,50, 9,00, 9,50, 10,00, 10,50, 11,00, 11,50, 12,00, 12,50, 13,00, 13,50, 14,00, 14,50, 15,00, 15,50, 16,00, 16,50, 17,00, 17,50, 18,00, 18,50, 19,00, 19,50, 20,00, 20,50, 21,00, 21,50, 22,00, 22,50, 23,00, 23,50, 24,00, 24,50, 25,00, 25,50, 26,00, 26,50, 27,00, 27,50, 28,00, 28,50, 29,00, 29,50, 30,00, 30,50, 31,00, 31,50, 32,00, 32,50, 33,00, 33,50, 34,00, 34,50, 35,00, 35,50, 36,00, 36,50, 37,00, 37,50, 38,00, 38,50, 39,00, 39,50, 40,00, 40,50, 41,00, 41,50, 42,00, 42,50, 43,00, 43,50, 44,00, 44,50, 45,00, 45,50, 46,00, 46,50, 47,00, 47,50, 48,00, 48,50, 49,00, 49,50, 50,00, 50,50, 51,00, 51,50, 52,00, 52,50, 53,00, 53,50, 54,00, 54,50, 55,00, 55,50, 56,00, 56,50, 57,00, 57,50, 58,00, 58,50, 59,00, 59,50, 60,00.
Gustav Lustig, Berlin S., Oranienburger 46a.
Eggs Bettfedernfabrik m. elektr. Betriebs. Viele Anerkennungsdiplome.

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister, Harg-Magazin
Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Turmstrasse 81. 3800L* und Beerdigungs-Comptoir.

Zum Fall Sombart.

Die Angelegenheit des Herrn Professor Sombart ist sachlich für uns und, wie wir glauben, auch für unser Leser erledigt. Da wir indessen den Angriff eröffnet haben, so fühlen wir uns verpflichtet, die Redefreiheit der Verteidiger einzuweisen noch nicht zu beschränken. Wir gehen deshalb die beiden folgenden Aufsätze wieder, die sich diesmal nicht mit dem Weltpolitiker, sondern mit dem Socialpolitiker befassen.

Herr Professor Sombart selbst schreibt uns: „In Nr. 43 und Nr. 46 des „Vorwärts“ werden meine Vorträge über die moderne Gewerkschaftsbewegung, die ich diesen Winter in Breslau gehalten habe, einer kritikal unterzogen. Insbesondere wird in ihnen eine Art von Widerspruch der in meiner Schrift über „Socialismus“ ausgesprochenen Ansichten gefunden. Es heißt u. a. in Nr. 46 des „Vorwärts“: „Wer nun aber seine 1899er Vorträge über die Gewerkschaften liest... der sieht, daß Herr S. die Gewerkschaftsbewegung verteidigt, weil er sich einbildet, in ihr ein Mittel zu haben, den politischen Kampf zu hemmen, der großen sozialen Bewegung ihr Ziel, das socialistische Ideal, und ihr Mittel, den Klassenkampf, zu entziehen.“ Wäre das der Inhalt meiner Ausführungen gewesen, so fänden sie allerdings in schroffem Gegensatz zu meinem „Socialismus“. Thatsächlich ist er es aber nicht; man könnte mit größerem Recht behaupten, daß ich das Gegenteil gesagt habe. Ich hatte die Empfindung, als ob auch die Berichte über meine Vorträge, auf denen sich die Kritik des „Vorwärts“ aufbaut, dies hätten deutlich werden lassen. Einen Beweis für meine Behauptung kann ich aber mit ihnen, für die ich nicht verantwortlich bin, naturgemäß nicht antreten. Das wird erst geschehen können, wenn die von mir selbst herrührende, zum Teil erweiterte Wiedergabe meiner Vorträge veröffentlicht sein wird. Ich bitte nun die Leser des „Vorwärts“, davon Kenntnis zu nehmen, daß jene Veröffentlichung im März- und Aprilheft der „Neuen Deutschen Rundschau“ erfolgen wird. Erst nachdem sie abgeschlossen sein wird, dürfte eine Diskussion über den von mir vertretenen Standpunkt fruchtbar sein. Breslau, den 24. Februar 1900.

Werner Sombart.

Ferner erhalten wir von Genossen Bruhns folgenden Brief: Der „Vorwärts“ behauptet in seiner Nr. 46 in einer Polemik mit Professor Sombart, daß dieser in seinen 1899er Vorträgen über die Gewerkschaften, wie sie in kurzen Auszügen die „Socialen Praxis“ und ausführlicher ein Teil der Gewerkschaftspressen veröffentlicht habe, die Gewerkschaftsbewegung verteidigt, weil er sich einbildet, in ihr ein Mittel zu haben, den politischen Kampf zu hemmen, der großen sozialen Bewegung ihr Ziel, das socialistische Ideal, und ihr Mittel, den Klassenkampf, zu entziehen.“ Da sowohl der kurze Auszug in der „Socialen Praxis“ wie die ausführlicheren Berichte der Gewerkschaftspressen — diese sind den erschöpfenden Berichten der Breslauer „Vollmacht“ über Sombarts Vorträge entnommen — von mir herrühren, darf ich mir wohl ein Wort der Verteidigung und der Abwehr gegenüber jener Behauptung des „Vorwärts“ gestatten. Wäre der gegen Sombart erhobene Vorwurf berechtigt, so müßte ich gewissermaßen als sein Mitschuldiger erscheinen, insofern ich mich in der That bemühte, die Sombartschen Anschauungen weiteren Kreisen bekannt zu machen, ohne zugleich die etwa notwendige Kritik an denselben zu üben. Ich will daher zu meiner eigenen Verteidigung erklären, daß jener gegen Sombart gerichtete Vorwurf durchaus unberechtigt ist. Sombart fordert in den beregten Vorträgen allerdings, daß die Gewerkschaften unpolitisch sein sollen — dem Sinne nach kann anders, wie das auch von namhaften Socialdemokraten, unter andern von Veibel auf dem Parteitag in Hannover, ausgesprochen worden ist —, und er steckt die Grenze für das, was durch die unpolitische Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiterklasse zu erreichen sein soll, sehr weit. Aber er erklärt dabei ausdrücklich: „Da es also auf absehbare Zeit im Interesse der Arbeiter liegt, daß die Staatsmaschine auch für sie arbeitet, so muß auch in der Zukunft die politische Bewegung der Arbeiter unentbehrlich bleiben. Zwar soll der Arbeiter in seiner Gewerkschaft sein, daneben aber soll er Politik treiben.“ Und weiter: „Jener Glaube an die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung schließt keinesfalls die politische Bewegung aus, schließt nicht aus, daß man Socialdemokrat ist. Ja, man kann ein sehr eifriger Socialist sein und doch jene eigentliche Gewerkschaftsstimmung haben. Sie wissen ja, daß die neuen Männer der Gewerkschaftsbewegung, die ich Ihnen nannte, alle Socialdemokraten sind, daß sie zum Teil Abgeordnete der Partei sind. Und die englische Gewerkschaftsbewegung in ihrer neuesten Phase hat unter ihren Führern eine Reihe überzeugter Socialisten.“

Sombart erklärt weiterhin allerdings, daß die unselbständige Art der politischen Vertretung der englischen Arbeiter seinem politischen Ideal entspreche, fügt jedoch hinzu: „Ich gebe aber gern zu, daß für die Arbeiter auch andre Formen zur Vertretung ihrer politischen Interessen möglich sind, daß sie auch selbständige politische Parteien bilden können und sollen, wie ja gerade in Deutschland die Frage in diesem Sinne gelöst ist.“

Keineswegs ist Sombart geneigt, die Gewerkschaftsbewegung als das letzte und wichtigste Mittel im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse zu betrachten. So sagt er u. a. über die ihm vorbildlich erscheinende Taktik der englischen Gewerksvereine: „Diese Taktik ist die der gemeinsamen, wohlverstandenen Interessensvertretung, sie überbrückt nicht die Gegensätze, sie schafft nicht die sociale Frage aus der Welt, sie ist nicht die ultima ratio in der Arbeiterfrage, aber sie vermindert die Fissionen, die Reibungen zwischen zwei Interessentengruppen und die schweren Folgen dieser Reibungen.“

Diese Citate aus Sombarts Vorträgen beweisen, daß der im „Vorwärts“ erhobene Vorwurf ganz ungerichtet ist. Gewiß enthalten jene Vorträge auch Aufschauungen, denen ein Socialdemokrat nicht zustimmen kann. Sombart selbst ist ja auch nicht Socialdemokrat und will keiner sein. Das aber soll mich nicht hindern auszusprechen, daß nach meiner Ueberzeugung diese in der Aera der Justizhausvorlage gehaltenen Vorträge eine gute, mutige That waren und der deutschen Gewerkschaftsbewegung manche neue, wertvolle Anregung gaben. Sie nähren dem bisher schwächeren der beiden Weine, auf welchen das deutsche Proletariat marschirt, den Gewerkschaften, ohne dem stärkeren Weine, der politischen Partei, irgendwie zu schaden. Ich acceptiere daher auch in allem Ernst den an anderer Stelle erhaltenen ironischen Dank des „Vorwärts“ für meine Berichtstattung und will nicht mit der Meinung zurückhalten, daß der Socialpolitiker Sombart wohl eine bessere Beurteilung verdient hätte, wie er sie neuerdings im „Vorwärts“ erfährt. Breslau, den 25. Februar 1900.

Julius Bruhns.

Die beiden Briefe, die zu gleicher Zeit bei uns eingetroffen sind, ergänzen sich in eigenartlicher Weise. Herr Sombart leugnet zwar das Referat nicht ab, indes als vorsichtiger Mann will er doch auf Grund dieses Berichts mit uns nicht polemisieren. Er verweist auf seine zukünftige beplante Veröffentlichung, an der ja vielleicht nach Sombarts Art einige „unwesentliche“ Änderungen vorgenommen werden dürften.

Dagegen scheint Genosse Bruhns für die Wichtigkeit seines Referats einzustehen, das auch in der That den Eindruck der Wichtigkeit macht. Aufres Wissens hat Professor Sombart selbst die Wichtigkeit des Referats bisher nicht bestritten.

Aber Genosse Bruhns ist der Meinung, wir hätten die Tendenz der Darlegungen Sombarts, so wie sein Referat sie spiegelt, nicht richtig gewürdigt. Er beruft sich als Beweis dafür, daß wir auch dem Socialpolitiker unrecht gethan hätten, auf einige verbindliche Zwischenfälle in den Sombartschen Exkursen. Ja, diese wohlwollenden Zwischenfälle, mit denen der Herr Professor um Gunst wirt! Gerade die sind es, die uns veranlassen haben, einmal unsere Meinung offen und deutlich auszusprechen. Das ist die Art dieses Professors, daß er ewig „wohlwollend“ zwischen ja und nein taumelt, früher mit einer unverkennbaren Sympathie für die Socialdemokratie, jetzt mit einer noch deutlicheren Frontstellung gegen uns. Aber freilich, den Hut lästet er heute noch höflich vor uns.

Es ist die Manier Sombarts, in Halbheiten zu denken und Gegenläge zu verbinden. Er ist der Mann der Einschränkungen. Er bricht seinem Gegner den Arm und wickelt ihn dann liebevoll in einen besorgten Gipsverband ein.

Zuerst citirt Sombart anerkennend irgend einen Satz, dann schränkt er ihn ein, und zwar so, daß er das Gegenteil von ihm behauptet; er vernichtet so jede ihm störende Lehrmeinung, indem er sie unter dem Vorwand der Einschränkung würgt.

Herr Sombart vertritt nicht, seiner Gewohnheit gemäß, auch in seinen Gewerkschaftsvorträgen ein paar Verbindlichkeiten der Socialdemokratie zu widmen; wenn sie auch jetzt schon sehr dünn gefädet sind, so daß Genosse Bruhns einige Nadeln gehabt haben mag, sie aufzufinden. Daß er aber trotzdem keinen andern Zweck verfolgt, wie in dieser „wohlwollenden“ Manier von innen heraus die Socialdemokratie zu überwältigen, dafür seien aus dem Bruhnschen Referat ein paar Proben angeführt. Das ist das Abstoßende an der Sombartschen Art, daß er solche Verdächtigungen der Socialdemokratie nicht einschieben läßt, indem er ganz harmlos zugleich ihr seine Reverenz erweist. Er ist ein humaner Mann; er verfährt: seinen Gisttrank und lächelt hold, indem er ihn kredenzt.

Man lese: „So sind die Zustände in England, gegen uns um ein halbes oder ganzes Menschenalter voraus, eine höhere Form der Arbeiterorganisation. Sie konnten erreicht werden, weil der englische Arbeiter sich nur erreichbare Ziele stellte, ganz nobelgelagerte Wünsche verwirklichte, gewissermaßen triviale Ziele erstrebte. Es war das wichtigste Förderungsmittel der englischen Arbeiterbewegung, daß sie sich fernhielt von hochfliegenden Plänen, daß sie gänzlich unpolitisch war.“

Wir befinden uns in der Jugendperiode der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands, und dieser Jugendperiode haben wir auch das reaktionäre Empfinden gegen die aufstrebenden Arbeiterorganisationen zuzuschreiben. Das sind eben die Kinderkrankheiten der Entwicklung. Aber man kann doch meinen, daß diese Kinderkrankheiten in Deutschland doch zu lange angehalten haben. Ursache davon ist die Art der Entstehung der deutschen Gewerkschaften, die Thatsache, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Ableger der politischen Bewegung ist. Inwiefern ist das ein Hindernis der Entwicklung geworden? Zunächst ist hier die Thatsache zu beachten, daß die Scheidung der gewerkschaftlichen Organisationen nach politischen und religiösen Anschauungen eine Zerstückelung der Kräfte ergab. Zweitens muß naturgemäß jede gewerkschaftliche Bewegung, die im Schlepptau der politischen Bewegung treibt, in ihrer Entwicklung zurückbleiben. Wenn die Führer der politischen Bewegung so nebenbei auch die gewerkschaftliche Bewegung zu führen haben, muß letztere natürlich zurückbleiben.“

... sie waren ganz im Sinne Marx' immer nur für die Gewerkschaftsbewegung als Mittel zum Zweck im höheren Dienste der politischen Partei. Ein orthodoxer Marxist muß so denken, denn wer alles von der völligen Unmöglichkeit, vom kommenden tausendjährigen Reich erwartet, wer die Gewerkschaftsbewegung nicht als Selbstzweck behandelt, der kann nicht mit ganzem Herzen eifrig thätig sein für die gewerkschaftliche Organisation und die Erfüllung ihrer Aufgaben.

Meinem Empfinden nach ist also die Entwicklungsbehinderung der deutschen Gewerkschaften hauptsächlich in ihrer Abhängigkeit von der politischen Bewegung zu suchen. Die erkennliche, herzliche Aufwärtsbewegung der letzten zehn Jahre nun hat denn auch ihre Ursache in der Emanzipation der Gewerkschaftsbewegung von der Vormundschaft der Partei.

Früher glaubte man nicht an die großen Aufgaben, die hohe Bedeutung der Gewerkschaften, man sah immer nur auf das eine große Ziel, das die socialdemokratische Partei durch die Gewinnung der politischen Macht zu erreichen strebte. Das war Gift für die Gewerkschaftsbewegung.“

„Eins freilich ist mit diesem Gewerkschaftsglauben unvereinbar: Utopismus! Dieser Utopismus soll vom socialistischen Standpunkte aus nach zwei Seiten hin verstanden werden. Einmal äußert er sich in der Anknüpfung von der Lebensfähigkeit des Socialismus. Der der Meinung ist, daß durch die Kraft des socialistischen Stimmzettels der kapitalistische Schwundel zu Ende geführt wird, kann sich mit der Gewerkschaftsbewegung natürlich gar nicht mehr beschäftigen. Das wäre genau so, als ob ich am Tage vor dem Weltuntergang noch eine Spareinlage machen wollte. Wer dagegen glaubt, daß dieser Weltuntergang, hier im kapitalistischen Sinne genommen, noch recht lange auf sich warten lassen wird, der macht allerdings Spareinlagen, der wird in meinem Sinn sich an der gewerkschaftlichen Bewegung beteiligen. Bei der andern Art des Utopismus handelt es sich um die verschiedene Anschauung von der Aenderung der wirtschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse. Wer an eine plötzliche Veränderung dieser Verhältnisse glaubt, kann natürlich nur dahin wirken, diese Veränderung zu beschleunigen und alle Erfolg versprechenden Mittel in dieser Richtung zu gebrauchen. Er kann aber kein Mann der gewerkschaftlichen Bewegung sein.“

Das große Problem der Zukunft ist: Wie wird es möglich sein, die Arbeiter an der Leitung der Staatsmaschine zu beteiligen, eine Demokratisierung aller sozialen Verhältnisse zu erzielen, ohne daß die Kultur zu Grunde geht? Die einzige Möglichkeit ist die, daß in viel höherer Weise als bisher die Masse zur Anteilnahme am öffentlichen, politischen wie wirtschaftlichen Leben befähigt wird. Falsche Propheten sind es, die uns sagen, wir sollten nur gebieten, herrschen. Das Herrschen ist eine Kunst und die größte Kunst ist die der Selbstbeherrschung. Hier sind zunächst wichtige Aufgaben zu erfüllen, ehe die große Masse ein mitbestimmendes Faktor im Staatsleben werden kann. Man kann unendlich viel Stimmzettel in die Wahlurnen werfen und doch nicht die geringste Qualifikation zum Herrschen besitzen. Ich will kein Blatt vor den Mund nehmen; Glauben Sie nicht, meine Herren Arbeiter, daß das Schichtungsverhältnis im Staate auf Zufall beruht, es beruht vielmehr auf der größeren Fähigkeit, der Kunst des Herrschens, wie sie die eben herrschenden Schichten noch besitzen. Wenn heute in Preußen das Junkertum noch die ausschlaggebende Macht ist, so ist das dem Umstände zuzuschreiben, daß die Bourgeoisie die Reife und Befähigung zum Herrschen noch nicht hat. Erst wenn durch die Gewerkschaften der politische Sinn so weit entwickelt ist, daß man ein sicheres Urteil über das Erreichbare sich bildet, ist die zum Mit herrschen erforderliche politische Reife vorhanden. Diese Reife anzutreiben, ist wohl die höchste Aufgabe der Gewerkschaften.“

Was wird das zwanzigste Jahrhundert bringen? Wird es ein Jahrhundert des Kapitalismus oder des Socialismus sein? ... Das neue Jahrhundert wird sowohl ein Jahrhundert des Kapitalismus wie des Socialismus sein. Sie sind nicht sich ausschließende Dinge, sie gehören zusammen wie die beiden Seiten einer Medaille. Man wird im neuen Jahrhundert gewiß eine Zunahme des Gemeindegewinns, der genossenschaftlichen Betriebe konstatieren können. Aber der Schwerpunkt wird in den Händen der Kapitalisten bleiben. Wir können die genialen Unternehmer, die Leiter der Produktion, die königlichen Kaufleute nicht entbehren.“

Trogen Sie nicht auf Ihre eigene Kraft, freuen Sie sich, wenn Sie Bundesgenossen aus andern Kreisen bekommen. Ich freue mich, daß die Euficht des Bürgerturns wächst, und daß auch die Unternehmer immer mehr sich den Formen der Bewegung anpassen.

Die guten Rathschläge, die hier Herr Sombart der Arbeiterbewegung giebt, bedeuten ein Verzicht auf alles das, was ihre Kraft und Größe anmacht. Kann sich unter solchen Umständen Herr Sombart nicht mit dem Ruhm begnügen, von der „Post“ immer noch für einen Umfänger gehalten zu werden? Was liegt ihm noch an uns, die wir, solche Propheten, auf unsre eigene Kraft trogen, anstatt einen Bundesgenossen in der Euficht des Internerturns zu verehren. Wir sind ja so undankbar und rücksichtslos.

lokales.

Das gewerbtätige Berlin.

Der neueste Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin“ bringt als Nachtrag aus den Ergebnissen der Volkszählung von 1895 eine Auszählung der Berliner Bevölkerung nach dem Beruf. Ein besonderes Interesse beanspruchen die Angaben über die Gewerbetreibenden. Dieser Bevölkerungskategorie gehören ja, wenn die Angehörigen mitgezählt werden, allein ziemlich drei Viertel der Berliner Gesamtbevölkerung an.

Die Gesamtbevölkerung stellte sich am 2. Dezember 1895 auf 1 677 304 Personen, darunter waren 698 361 Selbsttätige und 778 943 Angehörige. Unter den Selbsttätigen waren 596 945 Gewerbetreibende (auf die von den Angehörigen 606 374 kamen), und zwar 130 944 Selbständige und 466 001 Abhängige. In den Abhängigen gehören 2019 technische Betriebsbeamte, 57 528 kaufmännisches Personal (ohne Lehrlinge), 5287 Aufsichtspersonal, 128 201 Gesellen, 113 050 sonstige qualifizierte Arbeitsgehilfen, 35 067 Lehrlinge, 123 321 unqualifizierte Arbeiter.

Von den einzelnen Berufsgruppen können hier nur die größten aufgeführt werden. Bei den Selbständigen war weitaus am stärksten vertreten: der Handel mit 39 720, darunter der Waren- und Probantenhandel allein mit 29 821, ferner die Gruppe Bekleidung mit 32 885, speziell die Schneiderei mit 14 442, Näherci mit 8090, Schuhmacherei mit 6792 usw.; bei den Abhängigen am stärksten: die Gruppe Bekleidung mit 91 069, speziell die Schneiderei mit 37 173, Näherci mit 26 312, Schuhmacherei mit 8284 usw.; ferner der Handel mit 76 734, wovon 59 616 auf den Waren- und Probantenhandel kamen, die Metallindustrie mit 46 068 (gegenüber 3817 Selbständigen), das Baugewerbe mit 46 014 (gegenüber 4826 Selbständigen), die Gruppe Holz und Schnitzstoffe mit 34 500 (5509 Selbständige), Nahrungs- und Genussmittel mit 27 534 (5748 Selbständige), Maschinen, Werkzeuge usw. mit 26 897 (2861 Selbständige). Als Neuzugang sei von den kleinsten Gruppen die Fischeri angeführt, in der nur 22 Selbständige und 25 Abhängige thätig waren.

Die Unterzählung der Gewerbetreibenden nach dem Geschlecht läßt erkennen, daß die weibliche Bevölkerung in Berlin sehr erheblich an dem gewerblichen Leben beteiligt ist. Von allen Gewerbetreibenden waren 488 957 männlich und 158 588 weiblich, und zwar von den Selbständigen 92 809 bzw. 38 135, von den Abhängigen 345 548 bzw. 120 453. Am zahlreichsten war die Frau naturgemäß in der Gruppe Bekleidung vertreten. Hier waren von den Selbständigen 16 425 männlich, speziell in der Schneiderei 7938, Schuhmacherei 6749 usw., und 16 410 weiblich, speziell in der Näherci 7975, Schneiderei 6504 usw. Von den Abhängigen dieser Gruppe waren männlich 28 074, speziell in der Schneiderei 16 412, Schuhmacherei 7781 usw., weiblich dagegen 62 995, speziell in der Näherci 26 122, Schneiderei 20 701 usw. Im Handel waren von den Selbständigen 31 801 männlich, 7928 weiblich, von den Abhängigen 59 302 männlich, 17 432 weiblich.

Die Unterzählung der Gewerbetreibenden nach dem Alter sowie die Angaben über den Anteil der Verheirateten und der geborenen Berliner unter ihnen übergehen wir. Ein Wort nur noch über die Hausindustriellen und Heimarbeitler unter den Gewerbetreibenden. Ihre Zahl betrug zusammen 24 491, davon waren 12 115 männlich und 12 346 weiblich. Allein auf die Berufsgruppe Bekleidung kamen von den männlichen Hausindustriellen und Heimarbeitern 8306, speziell auf Schneiderei 5466, Schuhmacherei 2106 usw., von den weiblichen sogar 10 956, speziell auf Näherci 4508, Schneiderei 4264 usw.

Die Kunst-Patrouille.

Die Götter im Olymp hatten in den letzten Tagen bekanntlich eine herzhafte Freude ob der Fürsorge, welche die hohe Polizei der Dürftigkeit ihrer Kostüme zuwandte. Nicht geringer war der Genuß bei jenen sündigen Menschenkindern, die die Sache von der humorvollen Seite auffaßten und gelobten, sich die Freude am Göttlichen nicht verderben zu lassen — und wenn die Welt voll Mühen wär!

Sie alle aber, die Himmlischen dort oben, wie die sterblichen Menschen von Fleisch und Blut im sündigen Berlin hienieden, werden gewiß gern erfahren wollen, wie der polizeiliche Feldzugsplan gegen das Raute beschaffen ist. Er ist niedergelegt in folgendem

Tagesbefehl.

Damit das öffentliche Ausstellen, Feilbieten und Anpreisen von solchen Bildern, Photographien, Gummiartikeln usw. auf der Straße und an öffentlichen Orten, durch welche das Auslandsgefühl verletzt und Kergernis erregt wird, nach Möglichkeit eingeschränkt wird, ist zur Ueberwachung derartiger Mißstände eine besondere Patrouille unter Leitung eines Kriminalkommissars zu stellen.

Die Herren Reviervorsteher wollen etwaigen Erfuchen der Patrouillenföhner bereitwillig entgegenkommen.

Für die Wahrnehmung des Dienstes dieser Patrouille gilt die nachstehende Anweisung:

- Die Beamten der Patrouille haben unbeschadet der ihnen obliegenden kriminalpolizeilichen Funktionen ihr Augenmerk besonders zu richten auf: a) Schaufenster und Auslagen jeder Art, namentlich diejenigen der Buch-, Papier-, Bilder-, Postkarten- und Photographiehandlungen, b) die Läden der Gummiwaren-Handlungen, der Friseur u. c) die automatisch oder auf andre Weise betriebenen Rotoskope, Stereoskope oder ähnliche Darstellungen, d) die straßenwärts angebrachten und auf der Straße angebotenen Aufhängungen.

gez. v. Bindheim.

Da mit der Polizei über den Geschmack nicht zu streiten ist, so wollen wir nicht lange darüber rechten, daß gewisse „Gummiartikel“ mit künstlerischen Darstellungen des menschlichen Körpers in einem Aßhemzuge als Konfektlabel aufgezählt werden. Desgleichen

mag man sich in einer Zeit, wo der Major Lauff als Dichter gilt, auch nicht darüber wundern, daß einer Schutzmanspatrouille unter Führung eines braven Kriminalkommissars die Summe von Geistesbildung zugemutet wird, die nötig ist, um noch vor der lex Heine in künstlerischen Dingen den Sittenrichter abgeben zu können. Eins aber erscheint als natürliche Konsequenz der neuen Kunst-Patrouille, nämlich ein Schutzmansaufgebot, das den auf Hofballen getragenen Kostümen die erforderliche Aufmerksamkeit widmet.

Der Berliner Oberbürgermeister als Scharfmacher? Zur Besprechung über die Einführung der Ausstands-Klausel in städtische Bauverträge empfing Oberbürgermeister Rickaner am Samstagabend eine Vertretung des „Verbands der Baugeschäfte Berlins“. Die Baumeister Döhler, Beschpahl und Lachmann führten aus, daß rund 550 Mitglieder des Verbandes mit einer Arbeiterzahl von 30 000 Mann unter allen Umständen an der Ausstands-Klausel festhalten werden. Der Oberbürgermeister stellte darauf eine wohlwollende Berücksichtigung in den einzelnen Deputationen in Aussicht.

So berichtet die „Voss. Ztg.“ Ihre Parteigenossen im roten Hause werden gewiß ihr möglichstes thun, um Ausflarung darüber zu schaffen, ob es mit dem Bericht der „Voss. Ztg.“ seine Wichtigkeit hat. Wenn auch die Behandlung, die städtische Arbeiter sich zum Teil gefallen lassen müßten, auf die Möglichkeit mancher schlimmen Dinge schließen läßt, so wollen wir doch zur Ehre des Berliner Stadtoberhauptes annehmen, daß das liberale Kapitalistenblatt falsch unterrichtet war. Auch sollte, wenn auch gewiß nicht die Liebe zur Arbeiterschaft, so doch ein gewisses Maß von Klugheit die maßgebenden kommunalen Kreise schon hindern, sich durch offenes Vaktieren mit dem Scharfmachertum die Finger zu verbrennen.

Frühling im Februar.

Offenbar hat die Natur mit dem deutschen Bundesrat in Konkurrenz treten wollen. Die dieser zur Ehre für seine politischen Nachbarn das Jahrhundert, im 385 Tage vordatiert hat, so läßt die Mutter des All jetzt bei 15 oder 20 Grad Wärme das Kaiserlich leben. Ein schmerzliches Verzierpiel zur Fastnacht. Aber wir können es uns schon gefallen lassen. Hut und Wanderstab zur Hand und hinaus ins Freie, in den Grunewald. Dort, und nicht in der staubigen Stadt soll der Matenag in Februar genossen werden, dort muß unter pinienähnlichen Kiefer italienischer Frühling sein.

Aber, o Wunder! Hat einer Lust, bei 15 Grad Wärme — Schittschuh zu laufen? Im Grunewald kann man's haben. Festes Eis in Hülle und Fülle. Wir sehen das beständliche Schanzpiel zunächst auf dem Haken. Weiter geht's am Grudetelessee, am Grunewald, am Riemeister-See vorbei bis zum Schlachtensee. Hier können wir dem Verlangen nicht widerstehen. Auf dem schmalen Fußpfad türmt der Schnee unter unsern Tritten trotz der warmen Frühlingluft. Wir treten aufs Eis, vorsichtig mit dem einen Fuß — es tracht nicht. Wir sehen den andern nach — wahrhaftig, das Eis ist hart genug, einen Menschen zu tragen, fast genug, um selbst noch eifrig solcher Frühlingstage, wie gestern und vorgestern, anzuhalten zu können.

So hält die Mutter Natur durch dies neue Verzierpiel sich und uns abermals zum besten. Wir sind aber diesmal die Leberleugner. Driamen in der Stadt, ja, da ist es ein leichtes für sie, es dem Bundesrat nachzumachen, uns über die Zeit hinwegzutäuschen. In ihrer schließlichen geordneten vier Mäuden aber, im Grunewald, blamiert die Dame sich nur mit den tollen Sprüngen. Ihr eignes Werk, das Eis, wirkt abtötend auf ihre Karnevalslust und gemahnt sie wie zum Hohn daran, daß sie selbst zur Fastnacht ein wenig ihre Befehle respektieren muß.

Zur Schulnot. Zum April dieses Jahres sollen zwei, zum Oktober drei und vielleicht noch weitere zwei Gemeindeforschulhäuser in Benutzung genommen werden — falls sie bis dahin wirklich, wie nun bereits zum so und sovielten Male versprochen wird, fertig werden. In Ostern müssen aber 100, zu Michaelis voraussichtlich 70 neue Gemeindeforschulklassen eröffnet werden, um den zu erwartenden Zuwachs an schulpflichtigen Kindern aufnehmen zu können. Ein Teil der neuen Klassen muß also wieder noch in Privathäusern untergebracht werden. Der Entwurf des städtischen Etats pro 1900 legt dem auch für Mietung von Schulräumen wieder um 40 000 Mark mehr an, obwohl dieser Ausgabeposten bereits in den Vorjahren sehr erheblich gestiegen ist. Wahrscheinlich wird auch die Zahl der fliegenden Klassen im Sommer eine erneute Zunahme erfahren. In den Schulkommissionen sieht man übrigens, wie uns mitgeteilt wird, dem Beginn des Sommerfestes mit großer Sorge entgegen. Es wird erwartet, daß die Schwierigkeiten bei der Einschulung der Kinder, die sich schon zu Ostern und Michaelis vorigen Jahres als ungewöhnlich groß erwiesen, sich diesmal noch um ein beträchtliches steigern werden. Wir sind wirklich neugierig, wenn es der städtischen Schulverwaltung im Verein mit der städtischen Bauverwaltung gelingen wird, einmal wieder „normale“ Verhältnisse im Berliner Gemeindeforschulwesen herbeizuführen.

Im Influenza starben in Berlin in der Woche vom 4. bis 10. Februar noch den jetzt vollständig vorliegenden Meldungen 47 Personen. Für die folgende Woche vom 11. bis 17. Februar ergeben schon die bisher eingegangenen ärztlichen Meldungen eine weitere Steigerung bis auf das Doppelte. Eine in absoluter Zahl gleich hohe Influenza-Sterblichkeit in einer einzigen Woche ist in Berlin überhaupt noch nicht beobachtet worden, auch nicht in den besonders unglücklichen Jahren 1895 und 1891. Die Sterblichkeit an Influenza stieg im Frühjahr 1895 in einer Woche bis auf 74 und im Herbst 1891 in einer Woche bis auf 88, aber sie hielt sich damals allerdings mehrere Wochen hindurch auf annähernd derselben Höhe, so daß sie allein in den vier Wochen vom 24. Februar bis 22. März 1895 280 Opfer und in den vier Wochen vom 22. November bis 19. Dezember 1891 302 Opfer forderte.

Zwei neue Schulspektoren, mit einem Anfangsgehalt von 5400 M. will der Magistrat infolge der Vermehrung der Schullehrer zum 1. Oktober d. J. anstellen.

Die städtische höhere Weberschule, Markusstr. 49, beginnt ihre neuen Unterrichtscurse für die Abends- und Sonntagsabteilung am Sonntag, den 1. April er. In dieser Abteilung wird Unterricht erteilt für Weber und Weiber, Musterzeichner, Posamentierer, Kurbelsticker und Häbber. — Die Tagesabteilung beginnt die neuen Kurse am Montag, den 2. April. Diese Abteilung besteht aus 6 Unterabteilungen: 1. für Weberschule; 2. für Musterzeichnen; 3. für Weberschule; 4. für Posamentiererei; 5. für Kurbelsticker; 6. für Häbber. — Nähere Auskunft erteilt der Direktor der Schule, Herr Professor Gürtler.

Zum Krankenversicherungswesen. Nach den sieben verschiedenen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin bestanden im Jahre 1898 in Berlin 96 landesrechtlich genehmigte Kassen, von denen die Älteste, die Kranken- und Sterbekasse Nr. 34, bereits im Jahre 1753 begründet wurde. Den größten Mitgliederstand unter diesen Kassen, soweit sie sich nur auf die Stadt Berlin erstrecken, nämlich 20507 Mitglieder weist die „Schwanenbische Kranken- und Sterbekasse (Nr. 52)“ auf, welche im Jahre 1822 gegründet wurde. Die geringste Mitgliederzahl (67) hat die Sterbekasse des deutschen Arbeiter- und Landwehrvereins (Nr. 25).

Der erste elektrische Vollbahnzug sollte in der Nacht vom Samstag zum Sonntag vom Wanniseebahnhof in Berlin abgehen werden. Um aus zwei Personenzugwagen dritter Klasse bestehender Zug, von denen der eine mit dem Elektromotor versehen ist, sollte eine erste Probefahrt bis Großgörschenstraße nach Schluß des fahrplanmäßigen Verkehrs ausführen. Die Versuchsfahrt konnte jedoch noch nicht stattfinden und zwar aus dem eigenartigen Grunde, weil in Großgörschenstraße ein Teil des Kabels gestohlen worden war, welches dazu bestimmt war, den elektrischen Strom von dem dortigen Kraftwerk zur Bahn zu leiten. So wurden die Wagen

gar nicht nach Berlin gebracht. Sobald aber das Kabel ersetzt und verlegt ist, sollen die Versuche aufgenommen werden. Die ganze für den elektrischen Kraftbetrieb in Aussicht genommene Strecke Berlin-Görschen ist vollständig mit den erforderlichen Einrichtungen versehen, so daß der erste elektrische Vollbahnbetrieb in Deutschland aufgenommen werden kann.

Radsperr. Die Renntermine auf der Radrennbahn Kurfürstendam sind für dies Jahr folgendermaßen festgesetzt: Osterrennen 15. und 16. April; Vierlännerrennen 24. bis 27. Mai; Großer Preis von Deutschland 28. August und 2. September; Meisterfahrt von Europa 23. September. Außerdem finden Rennen statt am 20. April, 20. Mai, 8. Juli und 5. August.

Blamabel. 16 400 M. und 40 Pf. hat die Stadt für drei der letzten Magistrats-Hilfsarbeiter-Prozesse zu zahlen, die im letzten Jahre zum Abschluß gekommen sind. Von dieser Summe entfallen auf den Hilfsarbeiter Casimir Fischer 5924,26 M., auf den Hilfsarbeiter Trost 2118,04 M. und auf den Militär-anwärter Koris 8423,10 M. Der letztere klagte noch zwei weitere Ansprüche gegen die Stadtgemeinde ein, nämlich den Teil seiner Diäten, die der Magistrat für verjährt hält und die Differenz zwischen dem ihm gezahlten und demjenigen Gehalt, welches die gleichzeitig mit ihm einberufenen Militär-anwärter (nach Ablegung der Prüfung) beziehen. Dieser Prozeß schwebt gegenwärtig beim Reichsgericht. Der Magistrat ersucht jetzt die Stadtverordneten-Versammlung um ihre Zustimmung, daß die obige Summe dem Voranschlagkonto erstattet werde.

Von den Spitzbuben, die durch Aufhebung des Lüttgen-schen Fehlernefes in der Friedrichstraße entlarvt worden sind, wurden bis zum Sonntag fünfzehn verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich acht frühere Hausdiener von hiesigen Seiden- und Manufakturwarengeschäften, die, wie bis jetzt festgestellt wurde, die Gelegenheit zu den Diebstählen ausbaldowerten und meist in Gemeinschaft mit den anderen Verhafteten ausführten. Die alle schon mehrmals wegen Diebstahls vorbestraft sind. Lüttgen hat mit den Spitzbuben schon seit einigen Jahren in „Geschäftsverbindung“ gestanden, und von den in dieser Zeit gestohlenen Waren große Posten zu einem Spottpreise gekauft. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, alle Eigentümer des bei Lüttgen beschlagnahmten Warenlagers, das einen ungefähren Wert von 40 000 M. repräsentiert, zu ermitteln. Die Firma Feinisch u. Vrenth hat die ihr entwendeten Waren zum größten Teil zurückgekauft.

Zwei Zusammenstöße im Straßenbahnbetriebe ereigneten sich gleichzeitig heute vormittag gegen 10 Uhr. In der Ritterstraße stieß ein elektrischer Wagen der Linie Dönhofsplatz-Schlesische Brücke mit einem Wagen der Weichenzugerei von Wilmersdorfer Allee so heftig zusammen, daß der Vierkühler vom Bod zwischen die Räder geschleudert und der Hinterrahmen zertrümmert wurde. In derselben Zeit überfuhr auf der Janowitzbrücke ein „Elektrischer“ ein Privatfuhrwerk, wobei ein Pferd getötet wurde.

Töblich verunglückt ist am Sonntagabend der Kaufmann Paul Frommberg, der eine Weingroßhandlung in der Kronenstraße betrieb. Auf der Heimkehr aus dem Grunewald wollte er nahe am Potsdamer Platz mit dem Zweirad zwischen dicht hinter einander fahrenden Wagen der Straßenbahn hindurch, kam unter die Pferde, wurde getreten und erlitt außerdem noch schwere Verletzungen, indem ihm die eine Seite des Körpers von dem Wagen aufgerissen wurde. Ein Schutzmans brachte ihn nach der Rettungswache I in der Igl. Klinik, wo er bald darauf gestorben ist.

Berein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern. Herr Professor Dr. Karl Hanthier, der wegen plötzlicher Erkrankung seinen Vortrag am vorigen Mittwoch ausfallen lassen mußte, wird nunmehr den letzten Vortrag über „Bakterien, Transmissoren und Krankheitsübertragung“ im großen Hörsaal des Igl. Hygienischen Instituts, Klosterstraße 30, am Mittwoch, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, halten.

Im Hörsaal der Urania spricht heute Herr Dr. G. Rah über die Glasfabrikation; am Schluß dieses Vortrags wird ein Glasbläser einige interessante Glasformen praktisch zur Anschauung bringen und im Anschluß an diesen Vortrag findet am kommenden Sonntag eine Exkursion nach der Glasfabrik von Böhlen und Kerken statt.

Orgelloungert. Mittwoch, den 28. Februar, mittags 12 Uhr, werden Frau Rosa Wille, Fräulein Luise Behrendt, Herr Hans Esche, der Violinist Herr Hans Busch und Herr Ernst Böttche beim Dienstlichen Orgelkonzert in der Marienkirche hauptsächlich Bach'sche Kompositionen aufführen. Der Eintritt ist frei.

Feuernachrichten. Hartnäckige Brandstifter haben es auf das Haus Nr. 101 in der Reichensbergerstraße abgesehen. Seit Juli v. J. war der Dachstuhl des Quergebäudes total eingeschleudert worden, haben auf jenem Grundstück nicht weniger als sieben Brände stattgefunden, die zwar meistens in keine ersticht werden konnten, aber sicher auf Brandstiftung zurückzuführen waren. Auch Sonntag früh 8 Uhr kam auf dem Dachboden des Quergebäudes Feuer aus, dessen Ursprung seitens der Feuerwehr mit Sicherheit auf Brandstiftung zurückgeführt werden konnte, da Thüren und Beschläge mit Petroleum besoffen waren. Glücklicherweise konnte die Gefahr von der Wehr schnell beseitigt werden. Kurz vorher war Wiesenstraße 88 ein Schadenfeuer abzulöschen, das einen Heuboden einschleuderte. Nachmittags ging Kaiser Wilhelmstraße 30 Gerümpel in Flammen auf, während gleichzeitig Friedrichsbergerstraße 23 in einer Tischlerei ein Brand ausgelöst werden mußte. Zu Reinickendorf, Provinzstraße 67, war Montag früh 3 Uhr in der Holzbearbeitungsfabrik von Jordan Feuer ausgebrochen, doch brauchte die alarmierte Berliner Wehr dort nicht in Tätigkeit zu treten.

Aus den Nachbarorten.

In Baumschulenweg hält der Verein „Vorwärts“ Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Staffeldt, Baumschulenstraße 88, seine Versammlung ab. Genosse Gerich hält einen Vortrag: Kultur- und Sittenbilder aus dem 18. Jahrhundert.

Aus Nixdorf. Der Inspektor der städtischen Straßenreinigungskasse, Ludwig Heinrich, der am 1. April d. J. nach fünf- und zwanzigjähriger Tätigkeit in hiesigen Gemeindedienst in den Ruhestand treten sollte, ist Sonntagabend im Alter von 70 Jahren plötzlich verstorben. — In der Nacht zum Montag verunglückte der Drochsenkutscher Gregor aus Berlin in der hiesigen Steinmetzstraße dadurch, daß sein Pferd durchging und ihn eine Strecke mitschleifte. Dem G. wurde dabei der Arm aus dem Angelenk gerissen. Nach Einrenkung des Armes und Anlegung eines Verbandes in der hiesigen Unfallstation wurde G. mit seiner eigenen Drochse nach Hause gebracht. — Ein Kabelbrand des Elektrizitäts-Schaltshauses der Straßenbahn in der Bergstraße fand am Sonntagabend aus unbekannter Ursache statt. Eine Betriebsförderung der Straßenbahn wurde dadurch vermieben, daß man den Strom für den Oberleitungsbetrieb von einem Berliner Schaltshaus entnahm. — In der Hermannstraße fand gestern ein Zusammenstoß zwischen einem Motorwagen der Linie Moritzplatz-Orly und einem Berliner Geschäftsfuhrwerk statt. Hierbei wurde zwar der Vorderperson des Motorwagens stark beschädigt, jedoch glücklicherweise niemand verletzt. — Um ein Unterkommen zu erhalten, ließ sich der wegen Bettelns in Haft genommene wohnungslose Tischler Karl Schmidt auf der hiesigen Polizeiwache eine *M a j e s t ä t s b e l e i d i g u n g* zu Schulden kommen. Der Mann wurde dem Amtsgericht überwiesen.

Ein großer Fabrikbrand wütete in der Nacht zum Sonntag in der Hofmann-Bauanstalt von Eward Ahlstein, Salufer 4, zu Charlottenburg. Die Fabrik wurde bereits im Jahre 1882 einmal total eingeschleudert. Diesmal wurde das Feuer nachts gegen 11 Uhr im dritten Stock des Quergebäudes bemerkt, in welchem die Sattlerei untergebracht ist und erheblichen Mengen von Luchsen, Federn und Leder, sowie die Holzleiste für einige Hundert Drochsen lagerten. In den Partieräumen, sowie im ersten und zweiten Stock befand sich die Lackerei.

Im zweiten Stock hatten mehrere für die Pariser Weltausstellung bestimmte, sowie verschiedene Postwagen, deren Abnahme Montag erfolgen sollte, aufstellung erhalten. Als der Löschung von der Hauptfeuerwache unter Leitung des Herrn Brandmeisters von Teubener am Brandplatz erschien, hatte das jedenfalls schon längst schwelende Feuer die Decke des zweiten Stocks bereits durchgebrannt, und einige mit Lad gefüllte Säulen waren durch herabfallende Funken entzündet. Der dritte Stock aber stand in hellen Flammen. Die Gefahr war sehr groß. Denn während im Vorderhause große Vorräte von Farbe, Lack und Finis lagern, sind in den dem Feuerherd benachbarten Seitengebäuden enorme Holzvorräte aufgeschichtet. Angesichts dieser Gefahr richtete denn auch der Charlottenburger Polizeidirektor an die Berliner Wehr die Bitte um Hilfeleistung, weshalb eine Dampfprize auslief und auch nach kurzer Zeit Wasser gab. Vorher aber war die Charlottenburger Wehr mit sechs Schlauchleitungen schon von verschiedenen Seiten erfolgreich gegen den Brand vorgegangen und hatte ihn lokalisiert. Der zweite Stock wurde gehalten, der dritte Stock brante jedoch total aus, auch wurde der Dachstuhl eingeschleudert. Der Wasserdruck der Hydranten ließ sich zu wünschen übrig. Da ein starker Regenregen das benachbarte Siemens'sche Grundstück bedrohte, so ließ dessen Besitzer zum Schutz seiner Gebäude einen Schlauch der Hausleitung mit einem Hydranten der Fabrik verbinden. Dabei zeigte sich, daß der Wasserdruck bei weitem nicht ausreichte, um den Strahl bis zu den oberen Stockwerken zu führen.

Schöneberg. Die Verlegung des Wochenmarkts in der Herberstraße nach der Eberstraße wird beabsichtigt. Zu dem Zwecke hat der Magistrat mit dem Eisenbahnklub einen Pachtvertrag abgeschlossen, um auf dem hiesigen Terrain auf der südöstlichen Seite der Eberstraße den größten Teil des Markts zu verlegen. Die Pacht soll 1800 M. betragen. — *S o l l s - U n t e r - h a l t u n g s a b e n d e* nach dem Vorbild des Schiller-Theaters sollen in der Aula des Reformgymnasiums stattfinden. Ein kunstgeschichtlicher oder literarischer Vortrag wird jeden der Abende einleiten. Bereits am 4. März findet ein *G o e t h e - A b e n d* statt. Der Eintrittspreis inkl. Garderobe stellt sich auf 40 Pf. Die Leitung liegt in den Händen des Schriftstellers Laverenz.

Wilmersdorf. Die Durchlegung der Wilhelmstraße bis zur Kaiser-Allee und die Freigabe der neuen Straße für den Verkehr soll nunmehr erfolgen. In dem zu Wilmersdorf gehörigen Teil der Kaiser-Allee werden Kiesabfuhrungen vorgenommen, ein Vorgehen, welches besonders der Gemeinde Friedenau zu empfehlen wäre, da hier bei nassem Wetter die Wege sehr zu wünschen übrig lassen.

Schulzustände in einem Berliner Vorort. Aus *W e i ß e n - f e e* schreibt man uns: Den Forderungen auf dem Gebiet des Schulwesens wird von der Mehrzahl der hiesigen Gemeindevorsteher keine besonders große Wichtigkeit beigelegt. Die angebliche Armut und geringe Steuerkraft der Gemeinde hat noch bei jeder Forderung auf Vermehrung der unzureichenden Lehrkräfte und Schulräume als Grund zur Ablehnung dienen müssen. Als Beweis für die angebliche Unzulänglichkeit der vorhandenen Mittel werden die von Zeit zu Zeit von der Gemeindeverwaltung vorgenommenen statistischen Erhebungen ins Feld geführt. Der in jenen „erklaunten“ Kreisen herrschende Widerwille gegen statistische Aufnahmen wird spielend überwunden, sobald die Statistik zur Ablehnung einer Sache dienen könnte, die der großen Masse zu gute käme.

Wie notwendig die Vermehrung des Lehrpersonals ist, geht aus der Thatsache hervor, daß z. B. an der hiesigen katholischen Schule bei 487 Schülern nur 8 Lehrkräfte angestellt sind. Die beantragte Reuanstellung wurde von der bürgerlichen Vertretung abgelehnt. Noch krasser sieht es aus an den evangelischen Schulen. Hier kommen auf 6021 Schüler 71 Lehrkräfte, d. h. im Durchschnitt hat ein Lehrer 71 Schüler zu unterrichten. Das unter diesen Umständen den einfachsten Regeln der Pädagogik, selbst beim besten Willen des Lehrers, nicht Rechnung getragen werden kann, liegt klar auf der Hand. Bei der Beratung der beantragten Vermehrung der Lehrkräfte wurde um deren Anzahl gehandelt und gefächelt, als ob es sich nicht um die Erfüllung einer im Interesse der Kultur unabwiesbaren Notwendigkeit, sondern um den Ankauf einer beliebigen Quantität Ware gehandelt hätte.

Schlummer noch nicht es aus, wenn man die Schulzustände sich vor Augen führt, soweit die zur Verfügung stehenden Räume in Betracht kommen. Zur Zeit sind vorhanden 99 Klassen und 76 Klassenzimmer, d. h. es fehlen 23 Klassenzimmer. Von diesen 76 Räumen sind wiederum etwa 25 Proz. Mieträume, oder wie der seiner Zeit inspezierende Schuldirektor H. H. berichtet, *g e s u n d h e i t s s c h ä d - l i c h* und ungeeignet zum Aufenthalt für die Kinder. Selbst nach dem geplanten Bau des Schulhauses im Westen wird das Verhältnis kein günstigeres werden, da bis zur Fertigstellung des Baues der zu erwartende Zuwachs an Schülern allein schon genügt, um diese Klassen zu füllen. Das unter in der Gemeindevertretung stehenden Gegner als ein Mittel zur Abstellung dieser Schäden auch die Verringerung der Zahl der Unterrichtsstunden allen Ernstes vorschlägt, beweist von neuem, daß bei diesen Herren die Interessen der Allgemeinheit auf Förderung nicht zu rechnen haben.

Die proletarischen Wähler werden gut thun, bei dem kommenden Gemeindevahlen der Socialdemokratie als derjenigen Partei ihre Stimmen zuzuwenden, die bestrbt ist, die Interessen der Gesamtheit im wahren Sinne zu fördern.

Für die Umwandlung der Tempelhofer Chaussee in eine sogenannte „Prachtstraße“ mit besonderen Radfahrbahnen ist das Projekt ausgearbeitet und dem Leitender Kreis-Ausschuß vorgelegt worden.

Eisenbahn-Unfall. Wie die Eisenbahn-Betriebsinspektion VI mitteilt, ereignete gestern vormittag bei der Einfahrt in die Station Daldorf (Grunewald-Bahn) der Zug 188 infolge unzeitigen Umstellens einer Weiche, Wägen sind nicht verletzt, der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Vermischtes.

Ein schweres Brandunglück hat sich am Sonntag in St. Ouen-sur-Seine ereignet. Es wird darüber gemeldet: In einer Del- und Alkohollieferung in St. Ouen-sur-Seine brach ein großer Brand aus. Nach mehrstündiger Arbeit gelang es das Feuer einzudämmen. Ein Feuerwehrmann und einige Arbeiter erlitten leichte Verletzungen. Der entstandene Schaden wird auf zwei Millionen geschätzt. Wie weiter gemeldet wird, erfolgte Sonntagabend 6 Uhr, als der Brand schon gedämpft zu sein schien, eine Explosion von Petroleum oder Spiritus, durch welche etwa 30 Personen verwundet wurden. Von gestern wird telegraphiert: Der Brand in St. Ouen in der Spirifabrik von Depinau dauerte die ganze Nacht; jedoch war die Gefahr einer weiteren Ausdehnung gestern abend 8 Uhr beseitigt. Die Zahl der Verletzten beträgt nach amtlicher Feststellung 130, davon sind 4 schwer verletzt. Die Verletzten treffen Maßnahmen zur Unterstützung und Unterbringung der obdachlos gewordenen, 80 Familien. Zweihundert Arbeiter sind infolge des Brandes ohne Arbeit, der Materialschaden ist sehr bedeutend. In St. Ouen geht das Gerücht, daß Brandstiftung vorliege. — Eine spätere Meldung lautet: 40 000 Hektoliter Spirit fiele dem Feuer zum Opfer. Als bei den Explosionen das Gas abgedreht wurde, entstand eine unbeschreibliche Panik. Die ganze nördliche Pariser Gegend war durch turmhohle Flammen erleuchtet, die bis zu den Boulevards sichtbar waren. Der Brand wütete noch immer fort und die Möglichkeit der Entzündung der in der Nähe gelegenen Petroleumlager läßt eine noch entsetzlichere Katastrophe befürchten. Der Verkehr auf den Pferdebahnen sowie auf der Nordbahn ist eingestellt. 15 Dampfprizen arbeiten ununterbrochen an der Bewältigung des Riesensbrandes, ohne das rasende Element bewältigen zu können.